

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 26.

Donnerstag den 28. Februar 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Dienstag-Sitzung mit der Bemerkung: Meine Herren, wie mir gestern nach der Sitzung mitgeteilt worden ist, haben gestern einige Mitglieder des Hauses ihrem Beifall mehrfach durch Händeklatschen Ausdruck gegeben. (Seiterkeit.) Infolge des in Bravourförmig vollendetem Hause ist das von hier aus nicht zu hören gewesen. (Erneute Seiterkeit.) Ich erinnere deshalb daran, daß Händeklatschen in diesem Hause nicht zulässig ist. (Rufe: Tribünen!) Und ich erinnere ferner daran, daß Beifalls- oder Mißfallszeichen auf den Tribünen überhaupt nicht gestattet sind. — Die allgemeine Erörterung über den Etat wird fortgesetzt.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich muß zunächst auf die Bemerkungen zurückgreifen, die gestern Fürst Bülow an das Zentrum und an meine Partei gerichtet hat. Der Reichskanzler scheint es geradezu für ein Verbrechen zu halten, wenn eine bürgerliche Partei Stimmen abgibt für einen Sozialdemokraten. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Nun, ich erinnere Sie an das Telegramm, welches seinerzeit nach Frankfurt a. M. gerichtet worden ist: „Fürst wünscht Sabot!“ Sie sehen, wie damals Fürst Bismarck urteilte über diese Frage! Fürst Bismarck hat überhaupt die Sozialdemokraten hier im Hause viel objektiver behandelt als Fürst Bülow! (Gelächter rechts und bei den Nationalliberalen.) Meine Herren, ich werde Ihnen das beweisen. Ich werde heute überhaupt nichts sagen, was ich nicht beweisen kann. (Stürmische Seiterkeit.) Fürst Bülow scheint beinahe eine persönliche Beleidigung darin zu finden, daß es hier im Hause oder daß es überhaupt die Sozialdemokraten gibt! Herr Bassermann hat ebenfalls wieder sittliche Entrüstung über uns geäußert. Nun, meine Herren, wenn ich schon bei einem Nationalliberalen sittliche Entrüstung sehe, so kann ich mich eines Lächelns nicht erwehren. (Große Seiterkeit links.) Wie haben es denn die Nationalliberalen in Baden gemacht? Wo war da die „sittliche Entrüstung“? Unter steten Beifalls- und „Hört, hört!“-Rufen des Zentrums verbreitet sich Redner sodann näher über das Zusammengehen von Nationalliberalen und Sozialdemokraten bei den letzten badischen Landtagswahlen, desgleichen in Osnabrück, in Hildesheim. Wenn Fürst Bülow sich gestern so sehr ereizt habe über das Zusammengehen von Zentrum und Sozialdemokraten, nun, so dürfte doch nicht übersehen werden, daß Zentrum und Sozialdemokraten von dem Reichskanzler direkt in dieselbe Schlachtreihe bei den letzten Wahlen getrieben worden seien! Daß das Zentrum bei den Stichwahlen zu retten gesucht hatte, was zu retten war, war doch selbstverständlich! Von einem „Bündnis“ zwischen Zentrum und Sozialdemokraten war deshalb noch lange keine Rede. Daß wir nichts gemein haben mit dem Zentrum, das brauche ich Ihnen doch nicht zu sagen. Das Zentrum hat der Regierung an Militär, Marine, für die Kolonien und an Steuern wer weiß was bewilligt! Und wird es wohl auch weiter tun. Von einem Bündnis zwischen uns kann keine Rede sein. Weiter behandelt Redner namentlich die Ursache des Konfliktes zwischen Zentrum und Regierung, den Kolonialstreit, im Zusammenhang damit die Wertlosigkeit von Südwestafrika. Als Herr Dernburg noch Direktor der Dremstädter Bank war, hat er sich gehütet, seine Millionen in der Sandwüste anzulegen. (Seiterkeit.) Erst als er Kolonialdirektor wurde, dachte er über die Sandwüste anders! (Seiterkeit.) Natürlich, wenn Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch dazu den Verstand (erneute Seiterkeit) und die nötige Kolonialphantasie! (Wachsende Seiterkeit.) Herr Bassermann hat uns Calver und Bernstein vorgehalten. Das tut ein Mann, der sonst immer über den Terrorismus in unserer Partei herzieht. Sie sehen ja, wie es mit diesem Terrorismus aussieht, wenn wir Männer wie Calver und Bernstein in unserer Partei dulden und es zulassen, daß sie jahrelang so schreiben. Weiter erinnert Redner Herrn Bassermann daran, wie dieser lange Jahre hindurch ein Herz und eine Seele mit Spahn gewesen sei. Richtig sei überdies, daß es in der nationalliberalen Partei eine ganze Menge Leute gebe, die jeden Tag bereit seien, den Kulturkampf zu erneuern! (Rufe: Sehr richtig!) Und weiter: Wie auch die Nationalliberalen Hintertreppchenpolitik machten, das habe man ja zur Genüge aus den Hohenlohe-Memoiren erfahren! Und welche Hintertreppchenpolitik gar die Konservativen treiben, das habe man doch im Wahlkampf durch Herrn v. Kröcher erfahren! Und habe man vergessen, wie seinerzeit die Kreuzzeitungspartei Spionage getrieben haben gegenüber dem Prinzregenten Wilhelm, wie Lindenberg und ein Anderer sogar Briefe des kaiserlichen Hofes hatten! Und weiter, Herr Bassermann! Wenn es einen Parteiführer gibt hier im Hause, der mit Wahlniederlagen seiner Partei Bescheid weiß, so ist es der Führer der Nationalliberalen! (Große Seiterkeit.) Wie stark waren die Nationalliberalen in den siebziger Jahren, und wie ist ihre Zahl jetzt gesunken! (Erneute Seiterkeit.) Und Herr Bassermann selber, meine Herren, hat doch Herr Bassermann bei den letzten Wahlen nicht gewußt, wo er sein Haupt niederlegen soll! Frankfurt, Koburg ließen ihn im Stich, bis er endlich in Mülkau durch die Gnade anderer Unterkunft fand. (Stürmische Seiterkeit.) Welche Blamage! Der Verlust so vieler Mandate ist für uns ja bedauerlich, aber wir werden alles aufbieten, um die Scharte auszuweichen. Wollen Sie den Kampf bald haben, so nehmen Sie doch unseren Antrag an, die fünfjährige Legislaturperiode wieder zu erneuern durch die dreijährige! Weiter beleuchtet Redner die offiziellen Kandidaturen in diesem Wahlkampf, ganz wie unter Napoleon dem Dritten: Es sei

das erste Mal, daß wir solche offiziellen Kandidaturen bei uns erlebt hätten. Und sei alles wahr, was in dem im „Ban. Courier“ veröffentlichten Phrasen erzählt werde, so müßte die Hälfte der jetzigen Mehrheit heimgeschickt werden. Und mit was für Geldern sei gewirtschaftet worden, wenn der Reichskanzler 30 000 Mark aus privaten Mitteln habe für die Wahl zur Verfügung stellen können! Wie habe Bülow anno 1900 sich über die 12 000 Mark-Affäre geäußert! Bülows damalige Rede sei geradezu der Totschlag für den Bülow von 1907! (Fürst Bülow tritt hierauf den Saal.) Redner erinnert sodann an die Rückständigkeit unserer Gesetzgebung auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts, des Besondere, erinnert an das Wort Fürst Bülows im Herrenhauser Breußen in Deutschland voran! und erklärt demgegenüber: gerade Breußen und Fürst Bülow an seiner Spitze ist die Inkarnation alles kulturellen Stillstandes! (Gelächter.) Hören Sie nur, was auf die Enquete eines französischen Blattes Lombroso und andere für ein Urteil über Deutschland gefällt haben. (Gelächter.) Bebel zitiert eine halbe Stunde. Inzwischen tritt der Reichskanzler Fürst Bülow den Saal.) In den ganzen vierzig Jahren haben wir keinen Antrag eingebracht, der sich gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung richtet; alle unsere Anträge haben lediglich den Zweck, die Staats- und Gesellschaftsordnung zu verbessern. Also das Gegenteil, was die Thronrede behauptet. Der Sozialismus ist der Sauerkeim, der die bürgerliche Gesellschaft vorwärts gebracht hat. Und daß die soziale Gesetzgebung gegen unseren Widerstand zustande gekommen ist, ist gleichfalls eine historische Unwahrheit. (Lachen.) Ich fordere weiter die Herren vom Bundesrat auf, uns zu bezeugen, daß in den Kommissionen die fleißigsten und sachverständigsten Arbeiter meine Parteigenossen waren. (Widerpruch rechts.) Jawohl! Und weiß der Reichskanzler nicht, daß ohne die 36 sozialdemokratischen Stimmen damals der russische Handelsvertrag abgelehnt worden wäre? Wenn für einen gerade entgegengesetzten Handelsvertrag der Graf Bülow gestimmt wurde. — Na, dafür können wir nichts. (Seiterkeit.) Wir haben von der Kulturentwicklung freilich ganz andere Anschauungen als Sie dort drüben. (Gelächter rechts.) Ohne uns, hat doch Fürst Bismarck gesagt, gäbe es keine Sozialreform. Nun, einen urteilsfähigeren Mann in dieser Frage als den Fürsten Bismarck gibt es nicht. (Wahl und Gelächter rechts.) Für den Reichskanzler ist die ganze Sozialpolitik eine terra incognita. (Gelächter.) — Vizepräsident Dr. Baasche: Sie dürfen dem Reichskanzler nicht vorwerfen, daß er einen der wichtigsten Teile der deutschen Gesetzgebung nicht kennt. (Unruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Abg. Bebel (Soz.) fortfahrend: Der Passus in der Thronrede wäre unmöglich, wenn er die Sozialdemokratie kennen würde. Auch die Nationalliberalen haben ja zeitweise scharf kritisiert, Herr Bassermann, Herr Baasche! Aber geändert hat sich nichts: wir senden immer noch Gesandte nach England, wir laufen den anderen immer noch nach. (Zustimmendes Brummen Singers.) Es wird weiter gerüffelt, neue Steuern sind da unausweichlich. Vielleicht wird jetzt wenigstens das Zentrum etwas feiler in bezug auf den § 6 des Flottengesetzes, und vielleicht werden wir jetzt mit indirekten Steuern verschont. Auch Nationalliberale begeistern sich ja jetzt für die Reichseinkommensteuer. Nur zu. Wir sind gar keine solchen Menschenfresser! (Seiterkeit.) Herr Dernburg hat ja überall in der Wahlbewegung erzählt, daß das deutsche Volk um dreißigtausend Millionen reicher geworden ist. Da muß es eine Kleinigkeit sein, neben den 400 Millionen für die Einzelstaaten 300 Millionen für das Reich auszubringen. Mit der Kolonialpolitik werde ich mich später beschäftigen, da werde ich mit Herrn Dernburg abrechnen. (Seiterkeit.) Was der in der Wahlbewegung geleistet hat, geht wirklich über die Fuffschur. (Seiterkeit.) Charakteristisch ist das Geheul in der konservativen und der Arbeiterpresse über die Anklündigung in der Thronrede von der Fortsetzung der Sozialpolitik. Vom Automobiltempo ist da die Rede. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Sie das nur vor der Wahl gesagt hätten! (Seiterkeit.) Zuruf des Abg. Pauli-Botsdam: Ach Sie, Herr Pauli, mit Ihrer Sozialpolitik. Ich wünsche nur, daß Ihre Mittelstandspolitik Geseh würde; ich wünsche, daß Sie in das Reichsamt des Inneren berufen würden. (Seiterkeit.) Mit aller Ihrer Mittelstandsrichtung haben Sie fortgesetzt den Großkapitalismus unterstützt. In seinem Silvesterbriefe hat der Reichskanzler den deutschen Arbeiter als den intelligentesten der ganzen Welt erklärt. Gut, Herr Reichskanzler, dann ist es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, ihn auch so zu behandeln, ihn das Wahlrecht und Vereinsrecht zu geben, das er beanspruchen kann. Der Phrasen sind genug gebrochen, wir wollen endlich Taten sehen. Wir verlangen gleiches Recht für alle. Wäre der Flottenverein eine sozialdemokratische Organisation, wäre die Staatsanwaltschaft schon längst gegen ihn vorgegangen. (Lachen.) Wir wollen Deutschland zum Kulturstaat machen. (Schallendes Gelächter.) Der preußische Junker, das ist die reaktionäre Klasse, die es überhaupt auf der Welt gibt. Wir werden arbeiten wie bisher; vorwärts auf allen Gebieten! Trotz alledem und trotz alledem unser die Zukunft! (Beifall der Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Fürst Bülow:

Er wolle Bebel gegenüber feststellen, daß bei der Wahlkampagne nicht ein roter Heller aus amtlichen Mitteln gegeben worden sei, er habe sich auch nach seinem guten Recht nur für die Bildung der Komitees für die Unterstützung der Minderheitsparteien interessiert; im übrigen gebe er auf die Ausführungen Bebel's über die Wahlbeeinflussungen nicht ein, da er sie bereits im voraus widerlegt habe. Fürst Bülow sagt weiter, er wolle aber diese Ausführungen dankbar quittieren als einen Beweis dafür, daß die Regierung bei diesen Wahlen nicht geschlafen habe, sondern auf dem Posten war und ihre Schuldigkeit tat. (Bravo!)

Nun meinte Bebel, daß die Sozialdemokratie lediglich eine reformatorische Tätigkeit entfalte, und wies den Vorwurf, als ob die Sozialdemokratie destruktiv sei, ab. Das hat mich gewundert. Wenn Bebel versprach, nur Dinge zu sagen, die er absolut beweisen könne, so erinnere ich ihm daran, daß er auf dem Dresdner Parteitag sagte, er werde nicht eher ruhen, als bis die Gesellschaftsordnung zerstört und vernichtet sei. Solange die Sozialdemokratie die Monarchie bekämpft, solange wird jeder Minister Partei gegen sie zu nehmen haben. Ich nehme die sozialdemokratische Gefahr sehr ernst, nervös macht sie mich aber nicht. Bebel hat sich bemüht, die Niederlage zu beschönigen, die seine Armee erlitten; geschlagene Feldherren benehmen sich verschieden, entweder schweigen sie, das ist das würdigste (Seiterkeit), oder sie empfinden eine gereizte Redseligkeit. Die Niederlage war wohlbedient als Strafe für die vorhergegangenen Grobverbrechen. Die Sozialdemokratie hatte die Vernichtung des Liberalismus verkündet, dem es aber sehr wohl geht. In ähnlichen Zukunftshoffnungen erging sich Singer in einer Entree in der Daily Mail. Alle offiziellen und offiziellen Organe der Sozialdemokratie, die mir zu Gesicht gekommen sind, sprachen von bevorstehenden großen Erfolgen. Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Der donnernde Beifall der Sozialdemokraten bei der Reichstagsauflösung war verfrüht. Die Niederlage bei den Wahlen war auch eine Strafe für den engherzigen, dogmatischen Geist, den Zwang und die Gefinnungsschnäffelei innerhalb der Sozialdemokratie. Bebel wurde von den Parteigenossen mit Trommeln und Julius Caesar verglichen. (Seiterkeit.) Julius Caesar—August Bebel. (Große Seiterkeit.) Eine demokratische Partei mit autokratischer Spitze ist eine contradictio in adjecto. (Sehr gut!) Ich erinnere mich nicht solcher Kapeleien, wie die sozialdemokratische Presse in unserem öffentlichen Leben einzubürgern sucht. (Sehr richtig!) Aus daß geboren, mußte die sozialdemokratische Presse notwendigerweise zum Sauerbrenton kommen. Wie die Indianer fanden die Sozialdemokraten auf dem Kriegspfad. Ich hoffe, daß die Anhänger der bestehenden Ordnung, „die Ordnungslümmel“, wie sie von den Sozialdemokraten so achtsam bezeichnet werden, sich den Erzeugnissen der Sozialdemokratie gegenüberstellen, daß die Behörden ihre Schuldigkeit tun, die öffentliche Ordnung und Freiheit gegenüber dem sozialdemokratischen Terrorismus energisch schützen werden. Die Wahlniederlage war die Strafe für die Uebertreibung ihrer Verneinungs- und Nörgelpolitik. Die Sozialdemokratie hat stets Forderungen aufgestellt, die nicht erfüllt werden konnten; sie war von vornherein auf Kritik, nicht aber auf positive Arbeit angelegt. In Dresden machten auf dem Parteitag die Revisionisten vor den Radikalen Kotau; ich glaube nicht an ein Wiederauflieben der Revisionisten. Ein Neger bleibt immer ein Neger, ein Panther behält immer sein buntes Fell; Bebel bleibt immer Bebel, ein Revisionist wird der nie. Ein Partieren mit dieser Partei, solange sie auf ihrem kulturwidrigen Standpunkt bestehen bleibt, ist unmöglich. Die Wahlniederlage war deshalb verdient, weil die Sozialdemokratie sich immer mehr und mehr in internationale Ideale verrannte und die nationalen Ideale darüber vergaß. Nur die deutsche Sozialdemokratie verblieb bisher in diesem Fehler. Das nenne ich vaterlandlos, wenn man die Partei über das Vaterland stellt und diesem nur ein Sedan wünscht, vorausgesetzt, daß die Partei dabei profitiert. Wenn der Vornarrs schrieb, wir hielten unsere Truppen so lange in Südwestafrika zurück, nur um auf England loszuschlagen zu können, so war dies eine niederträchtige Verleumdung, durch die das Ausland uns auf den Hals gesetzt werden sollte. Auf derartige Lügen und Quereibereien ist es auch zurückzuführen, daß im Ausland hier und da der Sieg der nationalen Parole bei den Wahlen als Bedrohung des Friedens aufgefaßt wurde, während doch in Wirklichkeit dadurch die berechtigten Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens und der guten Beziehungen zu allen fremden Mächten geträgt und befestigt werden. Redner spricht sodann die Hoffnung aus, daß die übrigen deutschen Städte dem Beispiele Breslaus, Frankfurt, Elberfelds u. s. w. folgen werden. (Sehr gut.) Und wenn es überall hell wird, dann wird auch Berlin nicht allein im Dunkeln bleiben. (Sehr gut!) (Seiterkeit.) Der Wahlerfolg ist aus eigener Kraft des Bürgerturns zustande gekommen unter dem denkbar freiesten Wahlrecht. Wir dürfen aber nicht wie die alten Germanen den Sieg auf dem Varenfell feiern, wir müssen auf dem Posten bleiben, und gewappnet sein. Wir werden den Arbeitern beweisen, daß wir die Sozialpolitik, in welcher Deutschland immer noch voran ist, weiter ausbilden werden. Es wird die Zeit kommen, wo Kopf und Hand einträchtlicher als bisher zusammenwirken werden, und wo wir auf die heutige Sozialdemokratie zurückblicken werden, wie der Genesende auf eine böse Krankheit, wie auf ein Erwachen aus bösem Traum. Lebhafter anhaltender Beifall rechts und links, Zwischen bei den Soz.)

Abg. Fehr. v. Nischhofen-Damsdorf (Konf.)

spricht seine Freude darüber aus, daß die Sozialdemokratie geschmäht in den Reichstag zurückgekehrt sei; auch die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Sozialpolitik nicht nur auf die Arbeiter beschränkt werden, sondern auch auf den Mittelstand sich erstrecken soll, begrüßt seine Partei freudig. Dankbar sei sie der Reichsregierung für die Aufklärung, Vorträge und dergleichen im Wahlkampf. Den kaiserlichen Kämpfern in Afrika spreche er den Dank und die Bewunderung aus. (Lebhafter Beifall.) Eine Neuordnung der Beamtenverhältnisse, nicht nur der Unterbeamten, sondern auch der mittleren, halte seine Partei für dringend erforderlich. Die großen Parteien, die nationale Mehrheit, werde tatkräftig mitzuwirken haben an den nationalen Arbeiten dieses neuen Reichstages. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird dann vertagt.

Heeresstärke und Staatsfinanzen.

Das Militär-Wochenblatt bringt einen lehrreichen Aufsatz des Abteilungscheffs der Ministerialabteilung des Generaldepartements im Kriegsministerium, Oberleutnant v. Goltz, über die Beziehungen zwischen Heeresstärke und Staatsfinanzen sowie zwischen Staatsfinanzen und Ausgaben für das Heer, der ein allgemeines Interesse beanspruchen darf.

Aus einer Tabelle der Ausgaben für die Landesverteidigung ist zu entnehmen, daß für Heer und Flotte Deutschland unter den Großstaaten erst den dritten Platz einnimmt. Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, betragen diese Ausgaben für Großbritannien 20 Mk., Frankreich 20 Mk., Deutschland 16 Mk., Oesterreich-Ungarn 11 Mk., Italien 10 Mk., Nordamerika 8 Mk., Rußland 7 Mk. und Japan 4 Mk.

Eine andere bemerkenswerte Zahlengruppe weist den Unterschied der Einwohnerzahl und der Friedenspräsenzstärke in den europäischen Großstaaten zwischen 1870 und 1906 nach. Danach betrug der Zuwachs in Frankreich 3 Millionen an Einwohnern und 195 000 Köpfe an Friedenspräsenzstärke, im europäischen Rußland 32 Millionen und 464 000 Köpfe, Oesterreich-Ungarn 11 Millionen und 96 000 Köpfe, Italien 6 Millionen und 82 000 Köpfe, Deutschland 20 Millionen und 183 000 Köpfe.

Die Gesamtpräsenzstärke in diesen Staaten betrug im Jahre 1906 in Frankreich ohne Kolonialtruppen 565 000 Köpfe (bei 39 Millionen Einwohnern), im europäischen Rußland 1 194 000 Köpfe (103 Mill. Einwohner), in Oesterreich-Ungarn einschließlich Bosnien 351 000 Köpfe (47 Millionen Einwohner), Italien 265 000 Köpfe (33 Millionen Einwohner) und in Deutschland 583 000 Köpfe (bei 61 Millionen Einwohnern). Während sich also in Deutschland die Einwohnerzahl fast um das Siebenfache der Zahl in Frankreich vermehrt hat, beträgt das Mehr der Friedenspräsenzstärke in Deutschland nur 18 000 Köpfe; während also bei uns noch nicht 1 v. H. der Einwohnerzahl zur Friedenspräsenz herangezogen wird, sind es in Frankreich rund 1,5 v. H.

Diese Zahlen gewinnen für die Allgemeinheit ein erhöhtes Interesse, wenn man neben der Einwohnerzahl auch die Einnahmen des Staates mit den Ausgaben für Landesverteidigung in Beziehung bringt. Dieser Vergleich wird für Brandenburg-Preußen auf 1868 bis 1869 und für das Deutsche Reich auf 1875 und 1903 beschränkt. An Ausgaben für das Heer und seit 1869 auch für die Marine wurden von den Staatseinnahmen für die Landesverteidigung verwendet in Brandenburg 1868 65,23 v. H., in Preußen 1713 65,25 1740 73,04 1786 56,44, 1806 63,75, 1840 32,64, 1860 25,42 v. H. einschließlich der Restausgaben für die Kriegsbereitschaft vom Jahre 1859. Das Deutsche Reich verbrauchte im Jahre 1875 von seinen Staatseinnahmen für gedachte Zwecke 51,82 v. H., worunter sich allerdings die Restausgaben für den Krieg von 1870/71 und für die Okkupation in Frankreich befinden, während 1903 der Betrag auf 28,40 v. H. für Heer und Marine sinkt.

Deutschland.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die Beratung des Budgets. Auf Anregung des Abgeordneten Macco (nl.) erklärte Minister Dr. Delbrück, daß die Erträge der Staatsbetriebe darunter zu leiden haben, daß die Privatindustrie ihnen die tüchtigsten Beamten wegengagiere. Abg. Dr. Erüger (fr. Sp.) wies auf die günstige Rentabilität der Bernsteinwerke hin und fragte, wie die Produktion in Zukunft sich gestalten werde und wie die Absatzverhältnisse seien. Abg. Peltz (nl.) verlangte die bergbauliche Erschließung der Provinz Posen. Minister Dr. Delbrück erwiderte dem Abg. Dr. Erüger, daß vorübergehend die Bernsteinengewinnung nachgelassen habe, daß rechnungsgemäß der vorhandene Bernstein aber noch für eine Produktion von 83 Jahren ausreichen werde. Im Interesse der inländischen Bernsteinverarbeiter werde man an eine Beschränkung des Verkaufs nach dem Auslande denken müssen. Abg. Korfanti (Pole) brachte Verträge zwischen der Bergverwaltung und der Kohlenfirma Casar Wollheim in Breslau zur Sprache, durch die dieser Firma außerordentliche Vorteile zugewendet werden. Minister Dr. Delbrück erwiderte, daß die Verträge, die der Vorredner habe, nur aus einem Geheimspinde der Verwaltung oder der Firma entwendet sein könnten. Darüber seien staatsanwaltliche Nachforschungen im Gange. Im übrigen wurde mehrfach in der Debatte die Notwendigkeit der Aufbesserung der Arbeiterlöhne und der Beamtegehälter betont. Die Einnahmen wurden bewilligt.

(Wieder in der Heimat.) Dienstag vormittag ist der Postdampfer „Professor Boermann“, mit 10 Offizieren und 310 Unteroffizieren und Mannschaften sowie einer Anzahl Krankenpfleger vom Roten Kreuz aus Südwestafrika kommend, vor Cuxhaven eingetroffen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

(Eisenbahnerstreik.) Aus Triest wird telegraphiert: Da die von den Bediensteten der Südbahn gestellten Forderungen zur Aufbesserung ihrer materiellen Lage nicht genehmigt worden sind, begannen die Angestellten in dem ganzen Betriebe mit der passiven Resistenz. Der Leiter der südböhmischen Inspektion hat sich nach Wien begeben, um die Entscheidungen der Zentraldirektion einzuholen.

Frankreich.

Daß keine Versöhnung zwischen dem Papst und der französischen Regierung stattfinden wird, steht nunmehr fest. Am Montag empfing der Papst, wie aus Rom berichtet wird, drei französische Bischöfe und teilte ihnen amtlich mit, daß die Verhandlungen mit der französischen Regierung abgebrochen seien und keine Hoffnung mehr auf Erzielung eines Einverständnisses vorhanden sei. Der Papst fügte einige Weisungen hinzu, welche ungefähr folgendermaßen lauten: Der französische Episkopat möge den Status quo aufrechterhalten. Die Priester mögen nach wie vor in den Kirchen bleiben, welche Entscheidungen auch immer die französische Regierung treffen möge.

England.

(Verstärkung des englischen Heeres.) Jetzt hat der englische Kriegsminister Haldane dem Unterhause das Jahresbudget vorgelegt und dabei seine Reorganisationsvorschläge in eingehender Weise dargelegt. Ueber die Rede des Kriegsministers wird aus London berichtet: Haldane erklärte, daß das gegenwärtige System

der militärischen Organisation nicht auf rationaler Grundlage beruhe, und daß bisher keine gründlich ausgearbeitete Streitkraft ins Feld gestellt werden könne, die viel stärker sei als drei Divisionen, da nach einstimmiger Meinung der militärischen Kreise Miliz, Yeomanry und Freiwilligenkorps nicht gegen europäische Truppen Verwendung finden könnten. Diese Lage sei aber sehr unbefriedigend, und es müsse ein Mittel gefunden werden, um die gesamten militärischen Kräfte zu reorganisieren auf einer Grundlage, welche die jetzigen Mängel beseitige. Sein Vorschlag gehe dahin, die Streitkräfte in zwei Kategorien zu teilen und zwar in eine Feld- und eine Territorial- oder Heimarmee. Die Feldarmee sei so zu organisieren, daß sie jederzeit mobilisationsfähig sei. Die Territorialarmee sei zwar auch im Kriegsfalle zu mobilisieren, aber in erster Linie zum Zweck einer kriegsmäßigen Ausbildung von sechs Monaten Dauer. Die Territorialtruppen seien daher nur Hilfs- und Verstärkungstruppen, die im Falle der Gefahr sofort zu formieren seien, aber voraussichtlich nicht vor Ablauf von sechs Monaten gebraucht werden. Nach der von der Regierung vorgesehenen sechsmonatlichen Ausbildung würden die Territorialtruppen nicht nur viel leistungsfähiger sein als die bestehenden Volunteerskorps, sondern sie würden auch bereit sein, zum Kriegsschauplatz abzugehen.

Zum Schluß seiner Rede, die drei Stunden in Anspruch nahm, sagte Haldane, die reguläre Feldarmee werde eine vollständige, in sich gefestigte Organisation bilden, die unabhängig von der Miliz sei, während die Territorialarmee so leistungsfähig sein werde, daß das Volk keine Besorgnis vor Einfällen in das Land zu hegen brauche. Eine Vermehrung oder Reduzierung werde sich leicht durchführen lassen, und wenn die anderen Nationen allgemein sich auf eine Einschränkung der militärischen Rüstungen einigen sollten, so könne auch England das tun, ohne die Organisation als Ganzes zu gefährden.

Kolonien.

(Hungernot in Deutsch-Ostafrika.) Die Kölnische Volkszeitung veröffentlicht einen Privatbrief aus dem Bezirk Ungoni vom 30. Dezember 1906 datiert, der sich über die Hungernot in Deutsch-Ostafrika äußert, und dessen Inhalt bestätigt, daß infolge der Hungernot viele Leute weggezogen sind, um anderswo Nahrung zu finden. In den letzten Monaten war es so schlimm, daß viele Leute fast nichts zu essen hatten. Sie stampften in der Sonne getrocknetes Gras zu Mehl, um daraus Brei herzustellen. Von der hereinbrechenden Regenperiode wird allgemein Besserung erhofft.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 28. Febr. (Knappschäftliches.) Die Auszahlung der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Vergewaltigten-, Witwen- und Kinderrenten für den Monat März 1907 findet in Kamen am 8. März beim Wirt Dieblich und zwar für Witwen und Waisen um 1 1/4 Uhr, für Vergewaltigten, Reichs- und Zugsrentner um 2 1/4 Uhr statt; desgleichen in Courl am 2. März beim Wirt Dieblich, für erstere um 1 1/2 Uhr letztere um 2 1/4 Uhr.

Kamen, 28. Febr. (Verschiedenes.) Nach dem in der Generalversammlung des Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine für das rheinisch-westfälische Kohlenrevier, die in Elsen tagte, erstatteten Jahresbericht gehören dem Verbandszuge 12 Vereine mit rund 7000 Mitgliedern an. Mit Rücksicht auf die durch die Entwidlung des Verbandes bedingten größeren Ausgaben, beschloß die Generalversammlung eine Erhöhung des Verbandsbeitrages von 5 auf 10 Pf. pro Mitglied und Jahr. Eine rege Erörterung schloß sich an den Antrag des Vereins Söndrop betr. eine Eingabe an die Regierung, in der eine Revision der Steuergeetze dahin verlangt wird, daß bei der Steuereinschätzung der Haus- und Grundbesitzer die Schulden und Lasten, die auf dem Besitze liegen, berücksichtigt werden und die Steuern progressiv erhoben werden, wie es auch bei der Einkommensteuer der Fall ist. Der Antrag wird damit begründet, daß die große Mehrheit der Haus- und Grundbesitzer Schulden auf ihrem Besitze haben, und daß es ungerecht sei, diese Schulden zu besteuern. Der Antrag, der bei sämtlichen Diskussionsrednern Unterstützung fand, wurde schließlich dem Elsenener Verein zur weiteren Ausarbeitung überwiesen. Nach beendeter Ausarbeitung soll der Antrag dem preussischen Landesverband zur Erledigung übermitteln werden. Allseitige Zustimmung fand ein Antrag des Vereins Freienbruch, der sich gegen den langjahren Gang der Vermögensprozesse richtete. Es herrschte Einstimmigkeit in der Ansicht, daß die Hauptschuld an der Verschleppung dieser Prozesse weniger die Richter als die Sachverständigen triffe. Es wurde beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, in der Angelegenheit die nötigen Schritte zu tun, insbesondere eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus vorzubereiten. Den weiteren Verlauf der Verhandlungen füllte ein Vortrag des Vorsitzenden, Justizrats Greve-Gelsenkirchen, über das Pfandrecht und Zurückbehaltungsrecht des Vermieters aus.

Der Provinzialverband der Militäranwärtervereine Westfalens und der beiden läppischen Fürstentümer hielt Sonntag in Bochum seinen Verbandstag ab. Zu einem Antrag, die Stellungnahme zur Personalreform der Post betr. bemerkte der Verbandsleiter, daß diese Frage schon seit einiger Zeit den Bund deutscher Militäranwärter beschäftigt; eine Kommission in Verbindung mit den an der Sache beteiligten Kameraden prüfe zurzeit die Materie. Die Meinungen über die Personalreform seien noch sehr geteilt, eine Stellungnahme daher zurzeit außerordentlich schwierig. Die endgültige Beschlußfassung werde dem Bundesrat obliegen. In der Nachmittagsitzung erstattete Verbandsvorsitzender Dangs-Dortmund den Jahresbericht. Im Jahre 1906 gehörten dem Provinzialverbande 36 Vereine mit 2278 Mitgliedern vorhanden. Der nächste folgende Verbandstag wurde Lippstadt in Aussicht genommen. Auf Antrag des Verbandsvorsitzenden wurde beschlossen, von den Verbandsvereinen pro Kopf und Vierteljahr 5 Pfennig zur Deduktion der Geschäftsunkosten einzusuchen. Die auf die Schaffung einer Sterbefälle hinzielenden Anträge der Vereine Almena und Gronau wurden der vorgedachten Stunde wegen vertagt, ebenso der damit im Zusammenhang stehende Antrag des Vereins Gütersloh; die Sterbekasse des Bundes in Bielefeld völlig auf den Bund zu übernehmen.

(Königlich Preussische Klassenlotterie.) Wir machen schon jetzt darauf aufmerksam, daß die Erneuerung der Lose 3. Klasse 216. Lotterie unter Vorlegung der Lose 2. Klasse bei Verlust des Anrechts bis zum 4. März 1907, abends 8 Uhr, erfolgen muß.

Auf der Anlagebank der Dortmunder Straßammer nahm Dienstag der Anstreicher Krix v. d. Seyde von hier wegen Geldhehlerei Platz. Im November v. J. arbeitete Genannter in der Kasse des Lebzüchlers Heinrich Wiemer zu Schnershausen und soll

am 30. November, während er allein war, im Zimmer der alten Leute einen Koffer erbrochen und daraus einen größeren Geldbetrag entwendet haben. Das Gericht hielt das erbrachte Beweismaterial nicht für ausreichend, um zu einer Verurteilung zu gelangen. Angeklagter wurde freigesprochen.

Heeren, 28. Febr. (Eine schöne und zahlreich besuchte Jungfrauenvereins (Heeren-Verbre, auf Veranlassung unserer beiden Schwestern Riechen und Elsa) in den Räumen der hiesigen Kleinfinderschule. Das Programm war reichhaltig und gut vorbereitet. Die eintreffende Ansprache sowie das Schlusswort sprach Herr Pastor Dide von hier. Einen längeren Vortrag über das Thema „Komm und siehe“ hielt Herr Pastor Kindler aus Hamm. Dargeboten wurden seitens der Mitglieder des Vereins Deklamationen, Lieder und heiteren Inhaltes, Duette und Chorlieder. An dem gemeinschaftlichen Kaffeetrinken, das nach dem ersten Hauptteile der Feier stattfand, beteiligten sich 120 Personen.

Heeren, 28. Febr. (Lichtbilderabend.) Am 10. März, einem Sonntage, wird im Schneiderischen Saale hierseits ein Lichtbild-Abend veranstaltet, der sich mit China, dem Reich der Mitte befassen wird.

Dortmund, 27. Febr. (Verschiedenes.) Die hiesige Schuldeputation hat in einem eigentümlichen Falle von Schulpflicht eine Entscheidung gefällt. Ein aus Lünenburg zugezogener etwa 13-jähriger Knabe war nach dem dort geltenden Gesetz ordnungsmäßig mit dem 12. Jahre aus der Schule entlassen worden. Als das Kind hierher verzog, erhob sich die Frage, ob es hier, wo die Schulpflicht bis zum 14. Jahre dauert, noch schulpflichtig sei oder nicht. Die Schulverwaltung entschied, daß Kinder von Ausländern bis zum 14. Lebensjahre hier schulpflichtig seien. Sollten die Eltern sich weigern, ihre im Ausland zur Entlassung gekommenen, aber noch nicht 14-jährigen Kinder zur Schule zu schicken, so sei die Ausweisung der Eltern geboten.

Lidinghausen, 28. Febr. (Tod durch Schnaps.) In einem Hause an der Wallgasse hatten sich abends mehrere Gleichgesinnte zu einem Trunkgelage vereinigt, wobei dem Alkohol eifrig zugesprochen wurde. Plötzlich brach ein im besten Mannesalter stehender Arbeiter tot zusammen. Die Leiche wurde zur Leichenhalle geschafft. Dem Vernehmen nach stellte die ärztliche Untersuchung fest, daß N. am Schnaps erstickt ist.

Schwerte, 27. Febr. Ein sehr dreister Einbruchdiebstahl ist diese Nacht im hiesigen dritten Pfarrhause beim Herrn Pastor Wischnath verübt worden. Die Diebe sind, nachdem sie eine Schabe eingedrückt hatten, in das untere Stockwerk eingedrungen und haben alle Zimmer durchwühlt; sie müssen mit großer Eile, ja geradezu mit Unfertigkeit gearbeitet haben. Aus dem aufgebogenen Schreibtische entwendeten sie eine Summe Geldes, ferner einige silberne Teller, Batengeschenke der Kinder der Familie W., weiter erbeuteten sie eine Missionsmappenbüchse mit etwa 20 Mark Inhalt, außerdem 14 Mk., die den Erlös für Lose des Frauenvereins bildeten, weitere 15 Mk., die einem anderen Zweck vorbehalten waren als dem, Einbrechern in die Finger zu fallen. Nach getaner Arbeit haben sich die Einbrecher in der Küche an Braten und Schinken gütlich getan und den Rest der Speisen mitgehen heißen, auch eine Flasche Bier haben sie leer gemacht. Die Diebe müssen vorher wohl schon anderweitig „gearbeitet“ haben, denn sie haben vor der Küchentür eine Schachtel mit Kuchen liegen lassen. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange und werden hoffentlich zur Festnahme der Einbrecher führen. Für Herrn Pastor Wischnath ist der Verlust infolge nicht sehr groß, als er gegen Einbruchdiebstahl versichert ist.

Wattlingen, 26. Febr. Der seltene Fall, daß eine Familie 100 Jahre lang den Lehrer für eine Gemeinde stellte, ist aus Breitenfeld zu berichten. Am 24. Februar 1807 wurde der Lehrer Johann Heinrich Wenner im Bonnsfeld bei Langenberg von der Nachbargemeinde Breitenfeld zum Lehrer gewählt, und seit dieser Zeit verfiel ununterbrochen ein Wenner das Schulamt in der Gemeinde. Johann Heinrich Wenner, der von der Kriegs- und Domänenkammer in Hamm ernannt wurde, amtierte bis zum Jahre 1840. Ihm folgte sein Sohn Heinrich Wilhelm Theodor Wenner bis 1888, und dieser fand in seinem Sohne Otto, welcher ihm schon seit 1875 eine Stütze gewesen war, einen Nachfolger; Otto Wenner verfiel jetzt noch das Amt und dürfte menschlichem Ermessen nach noch lange seine Lehrtätigkeit ausüben.

Wattenscheid, 28. Febr. (Selbstmord.) Die auf der rheinischen Straße Bochum-Nord-Gelsenkirchen-Wattenscheid gewundene Leiche ist als die des Vergewaltigten Heinrich Groß aus Gänningfeld ermittelt worden. Der Getötete war verheiratet. Er hatte sich auf Zeche Hannover, wo er in Arbeit stand, einen Selbstmord verübt, war dabei gefast worden und hat offenbar aus Angst vor Strafe sich noch in derselben Nacht von einem Zuge überfahren lassen.

Dülken, 27. Febr. (Hundesperre.) Hier sind zwei Damen und der Tierarzt von einem der Tollwut dringend verdächtigen Hunde gebissen worden. Infolgedessen ist jetzt die Hundesperre, die zuerst nur über Dülken ausgeprochen war, auch über die Nachbargemeinden Dierfen, Süchteln, und Hardt verhängt worden.

Münster, 27. Febr. Wegen Fahnenraub im Komplot und nach Verabredung hat sich der Musiker B., 10. Kompanie Infanterie-Regiments Nr. 15, zu verantworten. Der Angeklagte, der schon in der französischen Fremdenlegion in Algier 5 Jahre gedient hatte und vor kaum 3 Monaten wegen unerlaubter Entfernung mit 4 Wochen Mittelarrest bestraft wurde, verabschiedete am 19. Januar d. J. mit den Musikern S. und G., daß sie am 20. Januar zusammen ausreisen wollten und sie führten dieses am nachmittags 4 Uhr aus. Während der Nacht marschierten sie auf Holland zu, bei Tage bivaktierten sie in Wäldern. Während S. und G. entkommen sind, wurde der Angeklagte als mittelgroßer Ausländer von Holland ausgewiesen und in Kalbenkirchen von der preussischen Gendarmarie festgenommen. Der Vertreter der Anklage beantragte 2 Jahre Gefängnis und Verweisung in die 2. Klasse des Soldatenhandes. Das Gericht erkennt auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 2. Klasse. Der Angeklagte erzählte, daß von 45 jungen Leuten, meist Deutschen, die mit ihm nach Algier gegangen, nur 5 Europäer lebend zurückgeblieben haben.

Hagen, 27. Febr. (Die Elektrizitätszentrale in Herbede gefährdet.) In der letzten außerordentlichen Aktionärversammlung des kommunalen Elektrizitätswerkes Hagen wurde zunächst der Antrag Hagen, die Versammlung nochmals zu veranlassen, die Verhandlungen mit Dortmund und Bochum abzuwarten, endgültig abgelehnt. Infolgedessen tritt der frühere Aufsichtsratsbeschuß, wonach die Zentrale in Herbede sofort in Angriff genommen werden soll, in Kraft. Es sollen jedoch weiterhin die Verhandlungen mit Dortmund und Bochum behufs Beteiligung an einem Verbandswerk fortgeführt werden.

Hülten, 28. Febr. Eine eigenartige Verordnung ist in Solzen vorm Lier, Wimbere, Dellinghausen und Diebermühle erlassen worden. Dort müssen laut Verordnung des Ehrenamtmannes sämtliche Hunde sowie sämtliche Katzen bis zum 20. Mai festgehalten werden. Statthaft ist indessen, die Katzen und Hunde mit Markförmchen zu versehen und sie so an der Reine zu führen, aber nur innerhalb der genannten Gemeinden.

Essen, 28. Febr. (Durch das Korsett gerettet.) Als in dem Kolonialwarengeschäft von Werch auf der Ferdinandstraße einem Bettler die erbetene Gabe verweigert wurde, zog der Bettler einen scharfen Dolch und versetzte damit der Tochter des Geschäftsinhabers einen Stich gegen die Brust, der unbedingt tödlich hätte wirken müssen, wenn der Dolch nicht an der Korsettstange abgeprallt wäre. Nach dem mitleidigen Attentat entlohf der Kerl.

Essen, 27. Febr. (Fahrlässige Tötung.) Am 17. Juli v. J. ereignete sich auf einer der Werderer Ringofen-Biegelei, Genossenschaft mit beschränkter Haftung, gefährlichen Leitmarge ein tödlicher Unfall. Spielende Kinder hatten sich an einer Lehmwand zu schaffen gemacht und mit den dort vorgefundenen Haden und Schuppen Unterhöhlungen vorgenommen, infolgedessen sich der obere Teil der Wand löste, und auf die 9-jährige Tochter des Strafanstaltsaufsehers Kenter herabfiel, der dadurch die Halswirbel gebrochen wurde. Der Tod des Kindes erfolgte auf der Stelle. Wegen dieses Unfalles ist der Geschäftsführer der genannten Genossenschaft, Kaufmann Clemens Ferber aus Werden, und deren Biegeleier, Adolf Prante von dort, verantwortlich gemacht, indem ihnen zur Last gelegt wird, unter Außerachtlassung der in Betracht kommenden Bestimmungen der Unfall-Verhütungs-Vorschriften den Abbau der Wand in unzulässiger Weise bewirkt zu haben. Während dieser in Stufen oder Abhöhlungen hätte erfolgen müssen, habe die Wand vollständig festschwebend gestanden. Das Gericht hielt für festgestellt, daß die Angeklagten den eingetretenen Erfolg ihrer Handlung hätten voraussehen können, wodurch der Tatbestand des § 222 des Strafgesetzbuches, fahrlässige Tötung, erfüllt sei. Es wurde demgemäß gegen den Biegeleier auf eine Woche und gegen den nach § 151 der Reichsgewerbeordnung mithaftenden Geschäftsführer auf drei Tage Gefängnis erkannt.

Essen, 27. Febr. (Glücksspieler abgefaßt.) In der Nacht zum 23. d. Mts. wurden seitens der Kriminalpolizei in dem bisherigen Cafe Teus 16 Personen beim Glücksspiel abgefaßt und deren Namen festgestellt. Es handelt sich anscheinend meist um Leute, die nicht nur zum Vergnügen, sondern aus Erwerbsgründen spielen. In der Nacht zum 24. d. M. wurden abermals 8 Personen beim Glücksspiel in derselben Wirtschaft betreffen. Sämtliche namhaft gemachte Personen werden sich wegen gewerbsmäßigen Glücksspiels zu verantworten haben.

Neuß, 26. Febr. In das Kloster der „Dienstmägde Christi“ in Geln bei Neuß drangen Sonntag während des Hochamts zwei verummumte Männer und forderten von einer in der Kirche betenden Pensionärin, einem fränken Mädchen, die Schlüssel zum Tabernakel. Als sie diese nicht erhielten, knielten und traten sie das Mädchen, schnitten ihm die Böpfe ab, suchten sie zu vergewaltigen und versetzten ihr, so wird der „Köln. Volksztg.“ berichtet, einen Messerstich in die Brust. Bei der Rückkehr vom Hochamt fanden die Schwestern das Mädchen äbel zugerichtet vor. Die Räuber waren ohne nennenswerte Beute entflohen.

Köln, 27. Febr. In der Schwurgerichtssitzung wurde der 50-jährige Jagdausscher Braß, welcher jüngst wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen. Braß war früher Wildbdiel und wurde, um ihn davon abzubringen, als Jagdausscher angestellt, wodurch er sich unter den Wildbdielen viele Feinde erworb. Der von ihm Erschossene war sein erklärter Feind, von dem er behauptet, angegriffen worden zu sein. Nachdem zwei Sachverständige Braß für geisteskrank erklärten, mußte die Freisprechung erfolgen.

Triert, 26. Febr. In der Märtherkirche St. Pauli ist in der Nacht ein schwerer Diebstahl begangen worden. Es wurden Ketze und zwei Monfranzgen gestohlen, darunter eine im Werte von 48 000 M. Die unbekannten Einbrecher drangen durch die Genuß des Innere der Kirche.

Saarbrücken, 26. Febr. Der durch die Explosion in der Grube Neben verursachte Gesamtschaden ist auf 11/4 Millionen Mark festgestellt worden. Die von anderer Seite verbreitete Meldung, der Schaden betrage 350 000 M., bezieht sich lediglich auf den durch die Zerstörung von Förderungsmaterial verursachten Schaden an Grubeneinrichtungen.

Strasburg, 27. Febr. (Freigesprochen.) Der 20-jährige Posthilfsbote Nemetter aus Hindisheim, der sich vor dem hiesigen Schwurgerichte wegen Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten hatte, erzielte einen Freispruch. Nach der Anklageschrift war der Alerer Diebstahl beim Fensterln vor dem Hause eines Mädchens in Hindisheim von seinem Nebenbuhler, dem Posthilfsboten Nemetter überrascht und angegriffen worden. Nemetter, der verletzt worden war, hatte seinem Rivalen mit einem Stein einen Schlag versetzt, an dessen Folgen Diebstahl starb. Die Geschworenen vernichteten die Schuldfrage, worauf Nemetter freigesprochen wurde.

Diedenhofen, 27. Febr. Ein Untersuchungsgefangener sollte von dem deutschen Grenzorte Deutsch-Dill nach Mex transvortiert werden. Die Eisenbahnstrecke berührt in Bettendorf luxemburgisches Gebiet. Kaum hielt der Zug, so sprang der Arrestant, obgleich mit einer Kette gefesselt, dem Abteil auf den Bahnsteig. Eisenbahnbeamte hielten ihn, aber der Arrestant machte geltend, daß auf luxemburger Gebiet kein Verhaftungsrecht bestehe, worauf ihn niemand verhaften dürfte als die luxemburgische Gendarmerie. Diese war auf dem Bahnsteig anwesend, wußte aber nicht, was zu tun sei und telephonierte an die Generalstaatsanwaltschaft, die sofort die Freilassung des Flüchtlings verfügte. Alles dies spielte sich in 3 Minuten Zeit ab, ein Zeichen für das vorzüglich funktionierende des polizeilichen Apparates in unserem Nachbarlande.

Bermischtes.

Siebzig Leichen geborgen. Wie aus Hoel van Holland berichtet wird, sind bis jetzt 70 Leichen geborgen, von denen eine große Anzahl noch nicht identifiziert werden konnte. Ein aus Warschau in Hoel eingetroffener Russe ist auf der Suche nach seinem Bruder und seiner Schwägerin, die auf der Reisezeitze begriffen, mit dem Dampfer „Berlin“ nach dem Kontinent zurückkehrten. Der Russe befindet sich in so aufgeregtem Zustande, daß man für seinen Geisteszustand fürchtet.

Der Geigenvirtuose Pablo de Sarasate ist in Darmstadt während eines Konzerts schwer erkrankt. Das Befinden des Künstlers, der im 63. Lebensjahre steht, ist überhaupt seit einiger Zeit wenig zufriedenstellend.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich in Ruenwalde zugetragen. Dort geriet das Haus eines Maurers in Brand, als dessen Ehefrau mit vier Kindern sich dort allein befand. Die Frau warf zwei ihrer Kinder aus dem Fenster hinab, wobei diese schwere Verletzungen davontrugen. Als sie die beiden anderen Kinder retten wollte, stürzte das Dach zusammen und begrub die Frau und die beiden Kinder unter den Trümmern. Alle drei wurden getötet.

Durch eine Explosion wurde in Amberg (Oberpfalz) der staatliche Hofstein schwer beschädigt, sodaß der

Weiterbetrieb gefährdet ist. Zwei Arbeiter erlitten Brandwunden.

Ein großes Feuer vernichtete die Chemische Fabrik von Wiedemann in Uerdingen; 200 Arbeiter sind arbeitslos geworden.

Wegen Unterschlagung von 30 000 Mark und Fälschung wurde in Langfuhr der 28-jährige Bankvorsteher Kessler, Leiter der Danziger Filiale der Norddeutschen Kreditanstalt, verhaftet. Kessler behauptet, das ganze Geld im vorigen Herbst in Monte Carlo verspielt zu haben.

Das Marinegericht in Kiel verurteilte von 8 Matrosen des Linienschiffs „Schwaben“ und des Kreuzers „York“ die Matrosen Schmidt und Zimmermann wegen militärischen Aufruhrs (Ueberfall zweier Marinematrosen) zu 6 Jahren Zuchthaus und Entfernung aus der Marine. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

In den Armen der Mutter erschossen. Eine unheimlich rohe Tat beging der Schlosser Robert Hein aus der Reuleaux Straße zu Oberschöneweide bei Berlin. Er erschöpfte sein eigenes Kind, das in den Armen der Mutter lag. Hein war ein sehr eifersüchtiger Mensch. Gestern geriet er mit seiner Frau in Streit. Nach kurzem Wortwechsel griff Hein zu einem Revolver und erschöpfte seinen fünf Jahre alten Sohn Bernhard in den Armen der Mutter. Der Vater wurde verhaftet und dem Untersuchungsrichter in Moabit zugewiesen. Bei der Vernehmung bestritt Hein die vorsätzliche Tötung. Er gab an, daß er in der Erregung blindlings nach der Waffe gegriffen habe, ohne selbst zu wissen, was er damit anfangen wollte. Dann sei der Schuß, ohne daß er die Waffe angelegt und gezielt habe, losgegangen und habe sein Kind getötet. Er sei durch den Ausgang so erschüttert gewesen, daß er völlig betäubt dagestanden und erst beim Erscheinen der Polizei wieder zur Besinnung gekommen sei. Hein ist wieder aus der Haft entlassen worden.

Der gefährliche Eisenbahnwindler. Der Hamburger Eisenbahnpraktikant Krüder hat jetzt eingestanden, die betrügerischen Manipulationen gegen den Fiskus in Berlin begangen zu haben. Von den erschwindelten 23 000 Mark wurden in seiner Wohnung 20 000 Mark versteckt gefunden.

Neueste Nachrichten

Berlin, 27. Febr. Die neue Polenvorlage wird, wie man sich in parlamentarischen Kreisen des Abgeordnetenhauses erzählt, dem Hause nach vor Ostern zu gehen. In der Vorlage soll der jetzt 600 Millionen M. betragende Fonds, der zum größten Teil aufgebraucht ist, um 200 neue Millionen Mark vermehrt werden. Weiter, so verlautet gerüchweise, wird im Ministerium der Plan einer zweiten Vorlage erhoben, nach dem der Anjebelungskommission das Enteignungsrecht für den in polnischen Händen befindlichen Grundbesitz verliehen werden soll. Zu einer Vorlage hat sich dieser Plan jedoch noch nicht verdichtet. Tatsache ist aber, wie in Abgeordnetenkreisen erzählt wird, daß namentlich Parteiführer der Rechten von Vertretern der Regierung sondiert worden sind, wie sie sich zu einer derartigen Maßregel stellen.

Hattowiz, 27. Febr. 1000 politische aufrührerische Ansichtskarten sind aus Berlin an den Abgeordneten Kowa adressiert. Die Karten wurden beschlagnahmt.

Woulon, 27. Febr. An Bord des Torpedobootes Kahle, das Übungen bei den Iberischen Inseln vornahm, fand eine Kesselerxplosion statt, durch die 9 Mann gefährlich verletzt wurden.

W Petersburg, 27. Febr. In letzter Stunde wurde ein gegen den Großfürsten Nicolans Nicolajewitsch gerichtetes Attentat vereitelt. Als der Hauptkondukteur

der großherzoglichen Züge gestern Abend kurz vor 8 Uhr die vom Pavillon führende Strecke abging, bemerkte er, daß eine Person eine Kiste auf die Schienen stellte, die nach späterer Untersuchung eine Bombe enthielt. Der Verbrecher wurde verfolgt, entkam aber in einem von anderen Personen bereit gehaltenen Schlitten. Um 8 Uhr traf der Großfürst mit dem Zuge ein. Die Bombe enthielt 3 1/2 Pfund Dynamit und hätte furchtbaren Schaden anrichten können.

H London, 27. Febr. In Montreal (Kanada) brannte die protestantische Schule nieder. 23 Schüler verbrannten.

W London, 27. Febr. Lloyds Institut meldet aus Corfu: Auf dem Kriegsschiff Dragon ereignete sich ein Dampfkesselunfall. Zwei Heizer wurden getötet und vier gefährlich verletzt.

Westfalen und Rheinland.

Weitere Nachrichten.

Kamen, 28. Febr. (I. Kammermusik-Konzert.) Dank der unermüdlchen Tätigkeit und des Fortwärtstrebens auf musikalischem Gebiete seitens des Herrn Musikdirektors Volschneider, war es möglich, einen solchen Kunstgenuss in unserer Stadt zu haben, wie dies gestern Abend durch die Veranstaltung eines Kammermusik-Konzertes der Fall war. Das Konzert fand in der Aula der neuen Rektoratschule statt und wollen wir gleich vorweg bemerken, daß dieser Raum in bezug auf Musik seine Prüfung, und eine solche sollte es doch wohl hauptsächlich sein, glänzend bestanden hat. Die Ausführenden des Konzertes sind hier nicht unbekannt, alle sind unbestritten Künstler und ein jeder Meister seines Instrumentes. Den gefanglichen Teil des Konzertes hatte Fräulein Maria Schulte-Dortmund übernommen. Fräulein Schulte ist eine Schülerin der Frau Cahnbleys, und durch ihre hier vorgetragenen Lieder ist sie zum ersten Male an die Öffentlichkeit getreten. Wie das so gewöhnlich der Fall, konnte sich Fräulein Schulte bei dem ersten Liede einer gewissen Bescheidenheit nicht erwehren und fast schien es, als wenn eine kleine Indisposition die Ursache gewesen wäre, aber dies letztere traf nicht zu, mit jedem weiteren Liede wurde der Gesang freier und die Zuhörer konnten eine umfangreiche, in jeder Tonlage ansprechende Klangvolle Mitstimme an Fräulein Schulte bewundern. Besonders das Lied: „Mein Stübchen“ entzückte die Zuhörer auf das Lebhafteste, aber auch jedes andere Lied fand reichen Beifall, und so dürfen wir wohl annehmen, daß Fräulein Schulte mit ihrem ersten Debut zufrieden sein wird.

Wie schon oben bemerkt, sind die Herren und zwar Schmidt-Reincke (Violine), Börsken (Viola), Cahnbley (Cello) und Musikdirektor Volschneider (Klavier), Meister in der Handhabung ihrer Instrumente und daß selbst die hochgepanntesten Erwartungen erfüllt werden würden, bewies das erste Stück des Programms: „Es dur“ Trio, von v. Berthoven, für Klavier, Violine und Cello. Die Wiedergabe dieses Trios in seinen allen vier Teilen war geradezu musterhaft. Die Cello-Solisten: Ebenfens, „Romanze“, Schumanns „Träumerei“ und Cahnbleys „Tarantelle“ wurden von Herrn Cahnbley, wie gar nicht anders zu erwarten war, in tadelloser Weise zu Gehör gebracht. Eine geradezu phänomenale Technik entwickelte Herr Schmidt-Reincke bei seiner „Ständchen-Rhapsodie“. In der Hand eines solchen Künstlers ist die unscheinbare Geige ein etwas, dem von dem Geiste des Vaters Lebens eingehaucht wird. Den Schluß des Konzertes bildete das „G moll“-Quartett von Mozart, für Klavier, Geige, Viola und Cello. Ein wunderbares Tongemälde, das in der Wiedergabe seines Allegro — Andante — Rondo (Allegro) zeigte, wie sehr die Ausführenden den Geist der Komposition zu interpretieren verstanden. Es erübrigt sich nur noch des wunderbaren Bach-Flügels Erwähnung zu tun, der f. Bt. in hochherziger Weise von der Gefellener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft, der Rektoratschule, bei der Einweihung, gestiftet wurde. Unter der kundigen Hand des Herrn Volschneider wirkte er durch seine Klangfülle und Tonreinheit bezaubernd. Reicher Beifall lohnte die Vortragenden, nicht nur am Schluß, sondern nach jeder Darbietung und wollen wir deshalb hoffen, daß uns etwas ähnliches bald einmal wieder geboten werden möchte.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.

Das Echte vom Falschen



zu unterscheiden, wird dem Publikum mitunter schwer gemacht! Jeder Freund des echten Kathreiners Malzkaffees beachte deshalb:

1. Kathreiners Malzkaffee wird nur in geschlossenen Paketen verkauft, niemals lose oder offen abgemessen; nur das in der Fabrik geschlossene Paket verbürgt die absolute Reinheit des Fabrikates. Alle sogenannten losen Malzkaffees haben mit dem echten „Kathreiners Malzkaffee“, auch „Kneipp-Malzkaffee“ genannt, nichts zu tun; sie sind oft aus den minderwertigsten Rohmaterialien bereitet, allen möglichen Verunreinigungen ausgesetzt und bieten keinerlei Gewähr für einwandfreie, gesunde Qualität.
2. Aber auch im Einkauf von Malzkaffee in Paketen ist größte Vorsicht nötig, denn die Kathreiner-Pakete werden im Außern oft täuschend nachgemacht. Deshalb achte man genau auf die bekannte Ausstattung des echten „Kathreiner“ und merke sich, daß das geschlossene Paket genau so aussehen muß, wie obenstehende Abbildung; es muß insbesondere darauf zu sehen sein:

- das Bild und der Name des Pfarrers Kneipp;
- der Namenszug des Pfarrers Kneipp;
- der Satz „Kathreiner's Kneipp-Malzkaffee“ als Umrahmung des Bildes und
- die Firma „Kathreiner's Malzkaffee-Fabriken“.

Auf diese Kennzeichen achte man und überzeuge sich, daß man auch das Richtige erhält, keines davon darf fehlen. Man fordere ausdrücklich „Kathreiner“! Nur dann bleibt man vor Enttäuschungen durch minderwertige Nachahmungen bewahrt! Kathreiners Malzkaffee ist das billigste, gesündeste, wohlschmeckendste, nährstoffreichste Volks- und Familien-Getränk!

PIANOS

modernen Stils, Flügel und Pianinos in vollkommener Ausführung, neu u. gebraucht, sowie Harmoniums und Klavierspielapparate in reicher Auswahl empfiehlt

Rud. IBACH Sohn

Kais. und Königl. Hof-Flügel- und Pianino-Fabrikant.
Alleinvertreib der Klavierspielapparate Pianola und Aeriola.

Barmen

Neuerweg 40
Filialen in Köln u. Düsseldorf.
Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

IBACH

1247 6866

Zauber

verleiht jedem Gesicht ein rosiges, jugendliches Aussehen, zarte, weiße, sammetweiche Haut und blendend schönen Teint.

Alles dies erzeugt die echte **Stechenpferd-Lilienmilch-Seife**
v. Bergmann & Co., Made in Germany mit Schutzmarke: Stechenpferd.
à Stück 50 Pfg. bei: **W. Felting**, sowie bei **Heinr. Jacobi**.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf die §§ 26, 62 und 66 b der deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 — Neuaufl. 1904 — werden alle zur Geflügelung verpflichteten Militärpflichtigen des Aushebungsbezirks Landkreis Hamm aufgefordert, sich vor der vom 1. bis einschließlich 20. März 1907 verfallenden Erfahungskommission pünktlich zu stellen.

Die Termine zur Musterung sind wie folgt festgesetzt:
Im Lokale des Wirts August Oberg in Hamm, Große Weststraße, vormittags 8 Uhr:

1. Freitag den 1. März
für die Militärpflichtigen der Gemeinden Altenböge, Bönen, Derringen, Nordböge, Osterbönen, Peltum, Sandbochum, Westfeld, Westerbönen und Wiescherhöfen der Jahrgänge 1885 und 1887.
2. Samstag, den 2. März
a) für die Militärpflichtigen derselben Gemeinden des Jahrgangs 1886,
b) für die Militärpflichtigen des Amtes Rhynern aus dem Jahrgang 1886.
3. Montag den 4. März
für die Militärpflichtigen des Amtes Rhynern aus den Jahren 1885 und 1887.
4. Dienstag, den 5. März
Prüfung der Reklamationen der während der vorbezeichneten Tage als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.
- II. In dem Lokale des Wirts Friedrich Hausmann in Kamen, Weststraße 9, vormittags 7 1/2 Uhr:
5. Mittwoch, den 6. März
a) für die Militärpflichtigen der Gemeinden Bergkamen, Derne, Seil, Verche, Overberge, Rottum und Rünthe aus dem Jahre 1885,
b) für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus den Jahren 1885 und 1886.
6. Donnerstag, den 7. März
für die Militärpflichtigen der Stadt Kamen aus dem Jahre 1887.
7. Freitag, den 8. März
für die Militärpflichtigen der Gemeinden Bergkamen, Derne, Seil, Verche, Overberge, Rottum und Rünthe aus den Jahren 1885 und 1887.
8. Samstag, den 9. März
für die Militärpflichtigen der Gemeinden Seeren, Methler, Niederaden, Oberaden, Süblamen, Wassercourl, Wödinghofen, Werwe und Westfeld aus den Jahren 1885 und 1886.
9. Montag, den 11. März
für die Militärpflichtigen derselben Gemeinden aus dem Jahre 1887.
10. Dienstag, den 12. März
Prüfung der Reklamationen der während der Musterungstage in Kamen als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen.

Die Lösung ist auf Donnerstag, den 21. März festgesetzt, und zwar findet dieselbe im Musterungslokale des Wirts Weinhaus in Unna statt.

Dieselbe beginnt vormittags 8 Uhr. Es bleibt den Militärpflichtigen des Jahrganges 1887 überlassen, sich zu diesem Termin persönlich einzufinden. Etwaige Restanten sind mit dem ältesten Jahrgange vorzustellen.

Jene, die zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten, welche Ausstand auf Grund des § 93 der Wehr-Ordnung erhalten haben, sind von ihrem Erscheinen zur Musterung entbunden, ebenso diejenigen Leute, welche sich im Besitz gültiger Annahmescheine befinden (§ 85, 3 der W.-O.).

Ausbleiben der zur Geflügelung Verpflichteten ohne gehörige und begründete Entschuldigung, unpünktliches Erscheinen, ruhestörender Rärm in oder vor einem der Musterungslokale, sowie Trunkenheit werden unanfechtlich bestraft.

Es wird erwartet, daß die Militärpflichtigen sauber gewaschen und in reiner Wäsche und Kleidung erscheinen, andernfalls dieselben nicht gemustert, dagegen auf den folgenden Tag neu beordert werden.

Die Prüfung der zur Erörterung gelangenden Reklamationen findet, wie bereits vorstehend bemerkt, für den Musterungsort Hamm am 5. März, im Musterungsort Kamen am 12. März und im Musterungsort Unna am 20. März statt. Die gesamten Familienangehörigen, auf deren Erwerbs- oder Nichterwerbsfähigkeit es bei Beurteilung der Reklamationen ankommt, haben in Gemeinschaft mit dem als tauglich vorgemusterten Militärpflichtigen an den bezeichneten Tagen in dem für sie in Betracht kommenden Musterungslokale, und zwar in Hamm pünktlich morgens 8 1/2 Uhr, in Kamen und Unna pünktlich um 8 Uhr zur Stelle zu sein.

Ueber etwaige Gesuche von Reservisten, Wehrlenten und Ersatzreservisten um Zurückstellung nach Maßgabe der §§ 118 Ziffer 3, 120 Ziffer 5, 122 und 123 der Wehrordnung wird an den Reklamationen-Prüfungstagen durch die verstärkte Erfahungskommission entschieden werden.

Die Herren Bürgermeister und Gemeindevorsteher wollen nach Möglichkeit für die Verbreitung der vorstehenden Bekanntmachung sorgen.

Hamm, den 7. Februar 1907.

Der Zivil-Vorsitzende der Erfahungskommission
des Aushebungsbezirks Hamm Land.

J. B. Schramm.

Königl. Maschinenbau- u. Hüttenschule in Duisburg.

Am 3. April 1907 werden neue Lehrcurse eröffnet: 1. für Maschinenbau und Elektrotechnik, 2. für Hüttenwesen, Glaserie und chem. Großgewerbe.

Schulgeld: Halbjährlich 30 Mark. 58761
Aufnahmebedingung: 4 Jahre praktische Berufstätigkeit.
Programme werden kostenfrei zugesandt von der Direktion.

Deutsche Weingesellschaft
Duhr & Co., Köln a. Rh.
Rheinberg 1-5. Reichsbank-Giro-Conto.
Kais. u. Königl. Hoflieferanten.
Preisgekr. m. 55 Staats- u. gold. Medaillen.

Rhein-, Mosel-, Ahr-Weine
sowie Bordeaux-, Burgunder-, Medocinal- und Dessert-Weine:
Sherry, Madeira, Samos, Portwein, Malaga, Tokayer etc.
Arrac, Rum, Funsche.
Cognac, Champagner
bessere deutsche und französische.

Erste Bezugsquelle für alle in- und ausländ. Weine.
Duhr's Reconvalescenten-Wein Original. Mk. 1.10.
Erhält, in den bekannt. Niederl. Weinst. errichtet.

Bekanntmachung.

In den hiesigen Feldmarken wird besonders im Frühjahr, Herbst und Winter der Fang einheimischer Singvögel betrieben. Wir warnen hiermit ausdrücklich vor dem Fangen derselben und bemerken, daß wir unsere Polizeiorgane erneut darauf hingewiesen haben, ihr Augenmerk diesen Uebergriffen zuzuwenden. Das Publikum bitten wir, die Beamten in diesem Bestreben zu unterstützen.

Kamen, den 23. Februar 1907.

Die Polizei-Verwaltung: v. Basse.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Kamen belegenen, im Grundbuche auf den Namen der Eheleute Landwirt Heinrich Göffringmann u. Auguste geb. Büttefähring zu Kamen in provinzieller westfälischer Gütergemeinschaft lebend, eingetragenen Grundstücke Flur 26 Nr. 1408/197 mit Wohnhaus Nordstraße 28 und Hintergebäude = 3,18 ar groß, 190 Mark Nutzungswert, Flur 25 Nr. 348/113 am Hüchtwege Acker 12,77 ar = 1,80 Taler Reinertrag, Flur 27 Nr. 938/329 am Hülsberge Acker 69,08 ar 5,42 Taler Reinertrag,

am 21. März 1907, vormittags 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht — an der Gerichtsstelle — versteigert werden.

Kamen, den 29. Dezember 1906.

Königliches Amtsgericht.

Wer

beteiligt sich an einem äußerst gewinnbringenden Unternehmen mit einer Einlage von 25-30 000 Mark? Mitarbeit ist nicht erforderlich. Es wird für eine 10 prozentige Verzinsung garantiert. Schriftliche Angebote beförd. die Geschäftsstelle d. Stg. *269

Der Wohlgeschmack des Kakao's wie aller Milchspeisen wird erhöht durch

Dr. Oetker's

Vanillin - Zucker.

Milchspeisen werden durch Dr. Oetker's Backpulver leicht verdaulich. 24

Schlosser
und jugendliche Arbeiter
sucht
Kamen. Herm. Klein. *259

Henkel's
Bleich-Soda

überall zu haben

300 Tassen Kaffee

ergibt 1 Tafel von 50 Würfeln unseres Kaffeezusatzes, wenn gemischt mit Bohnenkaffee; jede Tafel kostet nur 10 Pfg. Kaffee damit bereitet bleibt ein beförmliches, dauernd wohl-schmeckendes, anregendes Getränk von fatter Färbung. Unsere Erzeugnisse in Paketen und Büchsen sind von gleicher Güte.

Dommerich & Co., Magdeburg-Buckau,
Anker-Cichorien-Fabrik. 1572



Wohnungs- und Stellen-Angebote
Wohnungs- und Stellen-Gesuche
Familien-Ereignisse
Verkäufe und Bekanntmachungen

inserieren Sie am vorteilhaftesten
und wirksamsten in der

Kamener Zeitung

Volksfreund für Kamen und
Umgegend,

weil dieselbe in jeder Familie ge-
lesen wird.



Turn-Verein „Eintracht“
KAMEN.

Sonntag den 3. März 1907:

Theatralische Abend-Unterhaltung

im Vereinslokale (Schützenhof).

Karten im Vorverkauf a Person 50 Pfg., an der Kasse 60 Pfg., sind bei den Mitgliedern zu haben. Die Eltern von Mitgliedern zahlen a Person 25 Pfg. den Mitgliedern dient die letzte Quittungskarte als Legitimation. 271

Anfang 7 1/2 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

Kinder haben keinen Zutritt.

Den geehrten Bewohnern von Niederaden und Umgegend mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mich hieselbst als

Sebamme

niedergelassen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Frau Heinr. Osthaus,

258 Niederaden.

Pilo

übertrifft an vorzüglichen Eigenschaften jezt alle Schuhschmiedmittel. Es gibt rasch Glanz, erhält das Leder, färbt nicht ab und erregt die Bewunderung aller Hausfrauen und Dienstmädchen. Achten Sie daher genau auf den Namen Galop-Creme Pilo beim Einkauf.

Herren-Anzüge

reinigt, färbt schnell u. billigt 653

Färberei Galluschke,
Waschanstalt,
Kamen, Weststraße 88.

Steckenpferd- Lilienmilch- Seife

erzeugt ein zartes, rosiges und jugendfrisches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und reinen, blendend schönen Teint. 1827

à St. 50 Pfg. bei: Heinr. Jacobi.

Luhns wäscht am besten

597 92

Röhl's
mit Brut vernichtet radikal Rademachers Goldgelst. Patentantl. gesch. No. 76198. Geruch u. farblos. Reinigt d. Kopfhaut von Schuppen, befördert den Haarruch, verhilft Zuzug von Parasiten. Wichtig für Schulkinder. 158 Flasche 50 Pfg. in Kamen bei H. Jacobi, Drog., H. P. Thiel, Drog.

Flechten

akute und trockene Schuppenflechte, ekroph. Ekzema, Hautausschläge,

offene Füße

Beinschäden, Beinschwellen, Aderbeine, böse Finger, alte Wunden sind oft hartnäckig;

wer bisher vergeblich hoffte geheilt zu werden, mache noch einen Versuch mit der bestens bewährten

RINO-SALBE

frei von Gift u. Säure, Dose Mk. 1.—, Dankschreiben gehen täglich ein.

Wache, Kaphalan Jo 15, Wabra 20, Hausdorf, Vank. Trop. Kampferpflaster, Parabism Jo 5, Eigeb 30, Chrysarobin 0,5.

Zu haben in den Apotheken. Man achte genau auf die Originalpackung weiß-grün-rot und die Firma Rth. Schubert & Co., Weinböhla, und weise Fälschungen zurück.



Bergmännischer Unterstüßungs- und Sterbe-Verein
„Glück auf Viktoria“
Methler und Westick.

Sonntag den 3. März, nachmittags 4 Uhr: Außerordentliche

General- und Quartals- Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen wegen der wichtigen Sache ersucht 270? Der Vorstand.



Großer Posten gebrauchte
Fahrräder
(gute Gebrauchsmaschinen)
verkauft billigst

Alb. Karrenberg,

Fahrradhandlung und
Reparaturwerkstatt
Kamen, Weststr. 75.

Zum 1. März oder später zum

Dienstmädchen

gesucht. 262

Frau Konrektor Kessler,
Kamen, Bahnhofstr. 34.

Ein älteres, gut empfohlenes

Mädchen

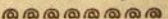
aus besserer Familie zum 1. April oder später gesucht. 267

Frau Bankvorstand Buss,
Kamen i. W., Weststrasse 44.

Chiffre-Anzeigen
für Personal-Gesuche
Stellen-Gesuche
An- und Verkäufe
Finanzierungen sowie
Annoncen jeder Art
besorgt
am besten und billigsten die
älteste Annoncen-Expedition
Haezenstein & Vogler A.G.
Köln a. Rh.
Hohestr. 115-115B, I. Fernspr. 600

Druck u. Verlag von C. Man in Göttingen

Kammerer Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg. 

Volksfreund für Ranten und Umgegend

Expedition von J. Grombach in Ranten

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig. 

Nr. 26.

Donnerstag den 28. Februar 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Sitzung vom 28. Februar 1907.

Nachdem Präsident Graf zu Stolberg mitgeteilt hatte, daß das Präsidium des Reichstags vom Kaiser und der Kaiserin empfangen worden sei, wird ein Antrag auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. v. Chlapowski ohne Debatte angenommen.

Bei der Beratung des Etats teilt
Freiherr v. Stengel

mit, daß das Gesamtergebnis des Etats bis 1905 sich weit günstiger gestaltet, als sich seinerzeit vorsehen ließ, und zwar infolge des neuen Zollgesetzes. Die Mehreinnahmen an Zöllen betragen nahezu 90 Millionen, die Bundesstaaten konnten daher bezüglich der gestundeten Matrifularbeiträge um 71 Millionen entlastet werden. Auch 1906 werde sich voraussichtlich günstig gestalten. Daß der Ertrag der Zölle gegen das Vorjahr zurückbleiben mußte, sei natürlich; die gewaltige Voreinfuhr habe darauf einen fühlbaren Einfluß ausüben müssen. Die Ertragnisse der Fahrkartensteuer blieben sehr hinter den Erwartungen zurück. Aus der Pigarettsteuer, der Stempel-, Fracht- und Brausteuern werde sich annähernd ein Mehrertragnis von 12 Millionen ergeben; bei der Zuckerteuer rechne man auf eine Mehreinnahme von 8 bis 9 Millionen, bei den Einnahmen der Reichsbank auf ein Mehr von 12 1/2 Millionen. Die Mehrkosten für die Armee werden infolge der hohen Fleischpreise 5 Millionen, für die Marine 2 1/2 Millionen betragen. Was den Etat von 1907 betreffe, so befänden sich die Finanzverhältnisse in einer wesentlichen Besserung. Der Deckungsbetrag belief sich im Vorjahre noch auf 240 Mill. Mäße die vorjährige Finanzreform gezeitigt, so wüßte er nicht, wie der Reichshaushalt sich in einigermaßen geordneten Wegen halten könnte. Besondere Aufwendungen würden die Militärpensionsgesetze erfordern. Die Schutzgebiete würden für 1907 keines erhöhten Reichszuschusses bedürfen. Redner geht dann auf einzelne Etatspositionen ein. Im Jahre 1908 werde mit einer planmäßigen Tilgung der Reichsschuld begonnen werden. Man sei im Vorjahre mit der Sanierung der Reichsfinanzen einen gewaltigen Schritt vorwärts gekommen, und wenn es nicht gelungen sei, die Einnahmen mit den Ausgaben in vollkommenen Einklang zu bringen, so sei doch zu hoffen, daß die Gesundung der Reichsfinanzen demnächst weitere Fortschritte machen werde. (Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.):

Der Reichschatzsekretär bezeichnete es leider als bedauerlich, daß ein Teil der Einnahmen für die Witwen- und Waisenversorgung zu reservieren sei. Für die Nachstellung des Reiches nach außen werden noch genügende Mittel zur Verfügung bleiben; verschiedene Äußerungen des Reichskanzlers in der letzten Wahlperiode, der Reichstag habe für die deutsche Ehre und das deutsche Blut keine Mittel bewilligt, seien daher hinfällig. Zunächst sei es Pflicht des Reichstags, die Beamtengehälter zu verbessern. Wären die Einnahmen aus den Zöllen nicht dagewesen, so ständen wir vor einem Defizit von 216 Millionen. Wir können daher das Weitere ruhig abwarten, bevor wir zu neuen Steuern greifen. (Reichskanzler Fürst von Bülow tritt den Saal.) Freudig habe das Zentrum den Basiss in der Thronrede begrüßt, der besagt, daß zu den fremden Mächten korrekte Beziehungen bestehen, daß die Regierung entschlossen sei, die soziale Gesetzgebung im Sinne Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen. Seine Forderung verlange in Initiativanträgen u. a. die Einführung von Arbeitskammern, ein Gesetz betr. Sicherung und Weiterausbau des Koalitionsrechts, Ausgestaltung einer Tarifgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Außerdem brachte das Zentrum Anträge zur Hebung des Handwerks ein, auch den Toleranzantrag habe es wieder eingebracht; es verlange gleiches Recht für alle, somit auch für jede Konfession. Redner beleuchtet dann die Mängel des Wahlgesetzes, die sich bei den letzten Wahlen herausgestellt hätten, und fragt, wie weit die Vorbereitungen über die Reform der Strafprozessordnung gediehen sind. Der Reichskanzler habe in einer Rede vor dem kolonialpolitischen Aktionskomitee am 19. Januar von einer Paarung des liberalen und konservativen Geistes gesprochen. (Lachen im Zentrum.) „Wir stehen hieran vor der Tatsache, daß in der inneren Politik eine Schwankung vorgenommen worden ist. Im Wahlkampf sind die Parteileidenschaften mit noch nie dagewesener Heftigkeit aufgewühlt worden. (Große Unruhe, Zurufe links: Nicht von uns, sondern von Ihnen.)“ (Rufe nach links: Auch durch den Reichskanzler.) (Sehr wahr! im Zentrum.) Es ist durchaus nicht richtig, daß wir die Religion zu politischen Zwecken gebrauchen. (Fortgesetzte Unruhe links.) Das Eingreifen des Reichskanzlers in den Wahlkampf muß entschieden zurückgewiesen werden.“ Redner kommt sodann auf das Eingreifen des Generalmajors Reim in den Wahlkampf zu sprechen und kritisiert sehr scharf dessen Korrespondenz mit dem Reichskanzler. Der Reichskanzler hätte in seinem ganzen Auftreten etwas mehr Rücksicht nehmen sollen auf die stärkste Partei, das Zentrum, dem er die bedeutendsten Erfolge verdanke. (Lebhafter Beifall im Zentrum, stürmische Rufe: Nein!, große Unruhe.) Wir verlangen von dem Reichskanzler, daß er unsere Ehre, die er vor aller Welt angegriffen, öffentlich wiederherstellt. Redner schließt, wir lehten nicht geschwächt zurück, deshalb verlangen wir Rücksicht. Wir werden im Rahmen des alten Programms unseren Zielen nach wie vor nachstreben. (Beifall im Zentrum, Bischof rechts und links.) — (Während der Rede des Abg. Dr. Spahn erschien der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in der Hofloge.)

Abg. Baffermann (Natlib.):

begrüßt es freudig, daß durch die Thronrede ein frischer nationaler Zug gehe und betont, daß das Resultat der Wahl sei, daß das Ziel der Reichstagsauflösung erreicht sei. Die große Niederlage der Sozialdemokraten sei auch den Nationalliberalen überraschend gekommen.

Einer Nebenregierung und den unliebsamen Fällen der Hintertreppenvolitik sei durch die Wahlen ein Ende gemacht. Im Volke würde man es nicht verstanden haben, wenn der Präsident des Reichstags wieder dem Zentrum entnommen wäre. Seine Partei begrüße die Wiederbringung der im letzten Jahre abgelehnten Vorlagen, z. B. die Errichtung eines Reichskolonialamts. Dem Danke des Vaterlandes für die Truppen in Afrika schließe er sich voll und ganz an. Der deutsche Flottenverein sei bei seinem Eingreifen in die Wahlthätigkeit gegen die Dreifigkeit des Zentrums der reine Waisenknecht. (Sehr gut!) Der Flottenverein sei ein vortrefflicher Verein, die Briefe an Herrn v. Liebert und Gidhoff seien zweifellos gestohlen. (Sehr richtig!) Wenn der Bayerische Kurier sich diese kriminellen Handlungen zu nütze mache, so halte er das für eine Gemeinheit. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit, Lärm im Zentrum.) Großen Dank schulde man auch Dernburg für seine aufläuternden Vorträge im Wahlkampf. Solches Auftreten sei ein Fortschritt. Ein Kulturkämpfer sei er (Baffermann) nicht; wolle das Zentrum Ruhe haben, so brauche es nur den Toleranzantrag nicht mehr einzubringen. (Sehr gut! Beifall.) Redner geht dann auf die Wahlkampagne ein und sagt, die Nationalliberalen hätten nicht einen Sitz des Zentrums an die Sozialdemokratie ausgehändigt, das Zentrum dagegen habe die Parole ausgegeben: Keinem Nationalliberalen eine Stimme! Zwölf liberale Sitze wurden vom Zentrum der Sozialdemokratie ausgeliefert. Auch das sozialdemokratisch-ultramontane Zusammengehen in Elsaß-Lothringen, in Hanau, Westfalen usw. sei kläffisch für die Zentrumspolitik; es handelte sich um ein bestimmtes System. Auch seine Fraktion sei für eine gesunde Fortführung der Sozialpolitik. Ob das Reichsamt des Innern fernerhin ungeteilt bestehen könne, erscheine ihm fraglich. Die Gesetzesvorlagen müßten aus freierwilligerem Geiste heraus gemacht werden, freie Vereinstätigkeit müsse garantiert werden. Unter anderem verlange er eine ausgedehnte Sicherung des Wahlgeheimnisses. Loyale Reformgesetze könnten allein erfolgreich gegen die Sozialdemokratie wirken; mit Polizeimaßregeln ist nichts getan. (Sehr richtig!) Wir wollen keine Eroberungspolitik, wollen aber auch keine Nasenfüßler von anderen Mächten uns gefallen lassen. (Sehr gut!) Wir wollen eine mächtige Flotte. Das koloniale Interesse ist in einer Art und Weise vertieft, wie es seit Jahren nicht der Fall gewesen ist. Die Zukunft ist nicht auf Seiten der Sozialdemokratie, sondern gehört der nationalen Arbeiterbewegung. Nicht die Regierungssagitation hat die Wahlen gemacht, sondern die rastlose Tätigkeit des Bürgertums. Die Wahlen geben uns eine Gewähr, daß unser Volk alle Male da, wo es sich um große nationale Fragen handelt, sich um die Reichsstandarte scharen wird. (Lebhafter, andauernder Beifall, Händeklatschen bei der Mehrheit, Bischen im Zentrum.)

Reichskanzler Fürst Bülow.

Abg. Dr. Spahn besprach meine Stellung zum Zentrum, andererseits wurde mir lange von liberaler und konservativer Seite ein Hinweis zum Zentrum vorgeworfen. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich lange ehrlich bestrebt war, die Mitwirkung des Zentrums für die großen Aufgaben der nationalen Politik zu gewinnen, eine Politik, die mit der Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokraten auf die Dauer hätte gemacht werden können, hätte ich sehen mögen. (Sehr gut.) Große Gesetze sind in Deutschland und Preußen mit der Hilfe des Zentrums zustande gekommen; solange das der Fall war, war ein Zusammengehen möglich; aber ein Zusammengehen mit jeder Partei hat schließlich ihre Grenze. Ich gehe mit jeder Partei, die große Linien achtet, ohne die das deutsche Volk nicht atmen und leben kann; wird dagegen gestimmt, so hört bei mir die Gemütlichkeit auf und bei der Regierung das Zusammengehen. Druck erzeugt Gegendruck! Wie kam es zur Krise? Ich habe bei der Einführung des neuen Kolonialdirektors alle Schäden und Fehler eingestanden und nichts verhehlt und Wandel und Besserung zugesagt. Daß es dann trotzdem zu neuem Zusammenstoß zwischen Koeren und Dernburg kam, mußte mich überraschen. Koeren ging in maßloser Form vor. Eine fruchtbringende Periode der Gesetzgebung ist mit Hilfe der konservativ-liberalen Mischung eher denkbar, als mit der Farbe Koeren-Einger. (Sehr gut.) Das Zentrum wollte mit der Sozialdemokratie die Regierung duden, das wird sich die Regierung niemals gefallen lassen. (Bravo.) Persönliches Regiment besteht nicht. Das Zentrum stellte sich an die Seite einer Partei, deren letztes Ziel nur mit Hilfe eines Verfassungsbruches zu erreichen ist. Die Krone machte bei der Auflösung des Reichstags nur Gebrauch von dem verfassungsmäßig ihr zustehenden Recht. Ich habe das Wahlgeheimnis und das Budgetrecht nie angetastet, habe Diäten eingeführt und vieles andere geschaffen; es ist unwahr, daß ein neuer Kulturkampf vorbereitet werde. Wenn die Klust zwischen den Konfessionen durch die Wahl größer geworden ist, so bedauere ich dies. Ich führe es aber auf dieses Moment zurück, das in den Wahlkampf geworfen ist. Ich halte an der absoluten Gerechtigkeit gegenüber allen Konfessionen und an der vollen Parität fest. Meine Hoffnung ging dahin, daß alle bürgerlichen Parteien sich gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen würden; daß diese Einigung nicht zustandekam, lag in erster Reihe daran, daß das Zentrum demonstrativ mit der Sozialdemokratie ging. In diesem Zusammengehen lag nicht nur ein grober politischer Fehler, sondern auch ein großes, moralisches Unrecht. (Sehr richtig!) Einer solchen Partei, welche die Kommune verheerlicht, durfte das Zentrum nicht den Steigbügel halten; dem christlichen Zentrum sollte ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vor allem unmöglich sein. Mir ist es ein Bedürfnis, denjenigen Katholiken, besonders den Bischöfen, zu danken, daß diese der Ueberzeugung Ausdruck gaben und nicht der Fraktionsrabulistik und den Herrschaftsgelüsten enttrahen, sondern dem Leitstern der ewigen Wahrheit folgten. Für die Regierung und meine Person nehme ich das Recht in Anspruch, bei den Wahlen die Wähler aufzuklären über die Absichten der Regierung und deren Gegner. (Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Das werde ich künftig noch in viel größerem Umfang tun. (Lärm bei den Sozialdemokraten, jubelnder Beifall bei der Mehrheit.) Das wäre noch besser, wenn der Regierung bei den unerhörten Vorkürsen das Maul verbunden würde. (Sehr gut.) Wir werden einen noch viel aktiveren Anteil an den Wahlen nehmen wie bisher. Dem Flottenverein stehen wir genau so wie jedem anderen Verein gegenüber. Dem General Reim danke ich laut und herzlich, daß er sich rastlos in den Dienst der guten Sache gestellt hat. In den zehn Jahren, die ich Reichskanzler bin, war ich niemals persönlich, ich habe den Kampf immer sachlich geführt. Wenn wir nun fragen, wer hat bei den Wahlen gesiegt, können wir nur antworten: das Volk, auf dessen Vertrauen wir gerechnet haben. (Lebhafter Beifall.) Ich stelle besonders vor dem In- und Auslande fest: Wenn ein Zusammengehen der Rechten und Linken vom Zentrum als unmöglich hingestellt wird, so denken Sie an Ungleichheiten der eigenen Partei, die nicht geringer sind, als zwischen Seydewitz und Fischbeck oder Schrader. (Sehr richtig!) Es kommt darauf an, daß diese Mehrheit fähig ist zu positiver Arbeit. Neben dem vollen Schutz der Landwirtschaft werde ich Rechnung tragend der Mehrheitszusammensetzung die Industrie fördern und die Fürsorge für die Arbeiter betreiben. Manchen Wünschen Baffermanns wird nähergetreten werden: Ersparnisse durch Vereinfachungen in der Armee, Reform des Strafrechts und der Strafprozessordnung, Verbesserung der Beamtenverhältnisse, Verschärfung der Majestätsbeleidigungsprozeße, die der Initiative des Kaisers entspricht. Unsere Börse muß instand gesetzt werden, den Anforderungen als wichtiges wirtschaftliches Instrument besser als bisher zu genügen. Bravo! Wir werden eine gesunde und vorurteilslose, vernünftige Sozialpolitik fortsetzen. (Beifall.) Auch dem Mittelstande soll sie zugute kommen. Auf diese Andeutung beschränke ich mich; mit der jetzigen Mehrheit, die zu meiner Genugtuung das Volk uns gab, halte ich eine fruchtbare, zielbewusste Politik für sehr wohl möglich. Diese Politik wird um so fruchtbarer sein, je mehr sie getragen wird vom Vertrauen zwischen der Mehrheitspartei und den Regierungsm. Möge dieses Vertrauen sich immer mehr festigen und wachsen zum Wohle des deutschen Volkes, zum Besten der ihm gestellten großen Aufgaben. (Lebhafter, anhaltender Beifall, Händeklatschen.) — Darauf tritt Vertagung ein.

Abgeordnetenhaus.

Das Haus verwies Montag den Antrag auf Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung dreier Redakteure wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses an die Geschäftsordnungskommission zurück und begann dann die Beratung der Vorlage betreffend Aenderung des Berggesetzes.

Minister Delbrück führt in Begründung der Vorlage aus, das Prinzip der Bergbaufreiheit habe bei der Steinkohlenförderung dahin geführt, daß diese nicht mehr im Interesse der Allgemeinheit erfolge, sondern in Händen weniger Personen fast zum Privatmonopol geworden sei. Deshalb schlage die Regierung vor, die noch nutzungsfreien Kohlenfelder und Kalifelder dem Staate vorzubehalten, während für die anderen Mineralien die Nutzungsfreiheit bestehen bleiben solle. Der Staat müsse im Interesse von Industrie und Landwirtschaft für eine regelmäßige und stetige Verjorgung des Marktes Sorge tragen. — In der Debatte erklärte Abg. Stadmann, die Konservativen ständen auf dem Boden der Vorlage, wünschten aber eine verschiedene Behandlung der Kohlenfelder und Kalifelder. Redner beantragte deshalb, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen. — Abg. Hilck (Natlib.) erklärte sich für Stärkung des Einflusses des Staates im Bergwerksbetrieb, meinte aber, die einzige Folge des Gesetzes werde eine Preissteigerung der Kohlen und eine Stärkung der Großkapitalisten sein. Auch würde durch dasselbe die Schwindelspekulation gefördert und durch Drängung der großen Bohrergesellschaften ins Ausland die heimische Industrie geschädigt werden. Paraphrase zwei der Vorlage, der das Staatsmonopol begründen wolle, sollte man ablehnen. — Oberberghauptmann von Velsen trat den Ausführungen des Vorredners entgegen, die er als liebenswürdige Bosheiten bezeichnete, und wies namentlich den Vorwurf als unbegründet zurück, daß der Bergfiskus sich durch die Vorlage von der Kontrolle durch die Berggesetzgebung befreien wolle und legte dar, daß durch das Gesetz die bestehenden Mißstände beseitigt werden würden.

Im weiteren Verlaufe der Beratung erklärten sich die Redner der Freikonservativen und Freisinnigen mit einer Kommissionsberatung einverstanden. — Verschiedene Ausführungen des Abg. Crüger (Frs. Vpt.) traf der Minister entgegen. Er bestritt namentlich, daß die Vorlage eine syndikatsfeindliche Tendenz habe. Es sollte durch die Beteiligung des Staates an der Produktion nur Sicherheit gegen die Auswüchse des Syndikatswesens geschaffen werden. Der Vorwurf, daß der Fiskus die Preise allzu hoch stelle, sei unbegründet. Von einer billigen Lieferung der Kohle würden nur einzelne Händler und das Ausland Vorteil haben.

Hierauf wird die Debatte geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Ranten.
Druck und Verlag von C. May in Hörde.

Deutschland.

— (Der liberale Block.) Die auf den Zusammenschluß der drei liberalen Fraktionen im Reichstag gerichteten Bestrebungen haben einen Erfolg von sehr wesentlicher Bedeutung gezeitigt: ein Zusammenschluß der freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei ist insoweit erfolgt, als die drei Parteien sich unter Wahrung ihrer fraktionellen Selbstständigkeit eine Organisation geschaffen haben, vermöge deren sie alle politischen Aktionen im Reichstage gemeinsam zu unternehmen in der Lage sind. Folgende Beschlüsse sind gefaßt worden:

1. Die drei Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei des Reichstages beschließen, über die Vorlagen der verbündeten Regierungen sowie die von Mitgliedern des Hauses eingebrachten Anträge und Interpellationen sowie Petitionen und Wahlprüfungen gemeinsam zu beraten, und, soweit eine Uebereinstimmung erzielt wird, über ihre Vertretung im Plenum durch einen oder mehrere Redner Bestimmung zu treffen.

2. Den Vorsitz in den gemeinsamen Fraktionsitzungen führt einer der drei Vorsitzenden der Freisinnigen Volkspartei nach vorheriger Vereinbarung untereinander. Die Bestimmung der Stellvertreter steht der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei zu. Zur Vorbereitung der gemeinschaftlichen Geschäfte und zur Ausführung der gefaßten Beschlüsse wird ein Ausschuß bestellt, welchem zwei Vorstandsmitglieder der Freisinnigen Volkspartei und je ein Vorstandsmitglied der beiden anderen Fraktionen angehören. Für jedes Ausschußmitglied wird ein Stellvertreter bestellt. Den Vorsitz führt die Freisinnige Volkspartei.

3. Die Fraktionen behalten sich das Recht vor, gesonderte Beratungen abzuhalten. Falls hierbei Beschlüsse über gemeinsam zu verhandelnde Angelegenheiten gefaßt werden, ist den beiden anderen Gruppen alsbald davon Mitteilung zu machen. Für die Stellung von Initiativanträgen und die Einbringung von Interpellationen, für die Besetzung der Kommissionen und die Wahlen zum Vorstand des Reichstages treten die Fraktionen der Freisinnigen Volkspartei, der Freisinnigen Vereinigung und der Deutschen Volkspartei als Fraktionsgemeinschaft auf. Die Besetzung der Kommissionen erfolgt auf Grundlage der nach der Geschäftsordnung üblichen Berechnung. Die Fraktionen vereinbaren, auf schnelle Durchführung der Frankfurter Beschlüsse vom 11. November 1906 (Wahl des Ausschusses, gemeinsamer Aufruf) hinzuwirken.

Diese Beschlüsse sind entsprechend den Vorschlägen der Freisinnigen Volkspartei, denen der Zentralausschuß der Partei seine Zustimmung erteilt hat, gefaßt worden.

Von dieser gemeinsamen politischen Arbeit erwartet man in liberalen Kreisen einen allmählichen Ausgleich der zwischen einzelnen Parteigruppen noch bestehenden Gegensätze. Ist dieser Ausgleich erreicht, dann, hofft man, werde dem endgültigen Zusammenschluß der freisinnigen Fraktionen nichts mehr im Wege stehen. Mit den 28 Angehörigen der Freisinnigen Volkspartei, den 13 Männern der Freisinnigen Vereinigung und den 7 süddeutschen Volksparteikern ist der liberale Block 48 Mann stark.

— (Hosprediger Faber.) Der Abgeordnete Friedrich Raumann hat in einem württembergischen Blatte einen Artikel über die Rede veröffentlicht, die Hosprediger Faber bei dem Gottesdienst zur Feier der Eröffnung des Reichstages gehalten hat. Nach diesem Artikel hat Herr Faber die letzte Reichstagswahl ein „Werk Gottes“ (!) genannt. In der Reichstagswahl habe man „die Stimme Gottes gehört“. Gott habe unsere deutsche Art gern, das deutsche Volk sei der Träger einer Gottesidee und es solle durch die Reichstagswahlen „errettet werden von den dunklen Mächten“. Zum Schluß meinte der Herr Hosprediger, es sollte überhaupt im Reichstag nur staatsbehaltende Gruppen geben, die wie ein Mann dem Panier des Kaisers folgen. Raumann gibt der Empfindung, die diese Rede in ihm erweckte, folgendermaßen Ausdruck:

„Erst draußen vor den Toren des Schlosses wurde Sinn und Gemüt wieder frei, denn draußen hielt die Sonne eine Straßenpredigt über den Text: Er läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten, und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. So dachte man sich den lieben Gott früher. Jetzt aber ist er ein geschriebenes Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie geworden. Da halte ich es doch lieber mit dem alten Glauben.“

— Die zweite Haager Konferenz wird, wie nunmehr feststeht, zu Anfang Juni eröffnet werden. Die holländische Regierung hat am Freitag bekannt gegeben, daß sie zum Empfang der Delegierten für die 2. Friedenskonferenz gegen den 1. Juni d. J. bereit sei.

— Generalmajor Reim hat für sich und in seiner Eigenschaft als Mitglied der Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flottenvereins seinen Rechtsanwalt beauftragt, gegen die Redakteure der „Germania“ und des „Bayerischen Couriers“ gerichtliche Klagen wegen verleumderischer Beleidigung anzuklagen. Der Rechtsbeistand Reims gibt sich nach der „Magdeb. Ztg.“ der Hoffnung hin, daß in diesem Prozeß klargestellt werden wird, auf welche Weise es der Zentrumspreffe gelungen ist, Einblick in die vertrauliche Privatkorrespondenz des Generalmajors Reim zu nehmen.

— (Zeugniszwang der Abgeordneten.) Der Fall Georger im Böplau-Prozesse hat die Abgeordneten Bassermann und Dr. Heinze mit Unterstützung ihrer nationalliberalen Fraktionsgenossen zu einem Antrag im Reichstag veranlaßt, der folgendermaßen lautet:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesekentwurf vorzulegen, durch welchen die Berechtigung der Mitglieder des Reichstages oder anderer gesetzgebender Versammlungen sicher gestellt wird, wegen Verleumdungen, was ihnen in Ausübung ihres Berufes anvertraut worden ist oder was sie in Ausübung ihres Berufes anderen anvertraut haben, ihr Zeugnis zu verweigern.

— (Enteignung des polnischen Großgrundbesitzes.) Zu politischen Kreisen zirkuliert das Gerücht, die Regierung beabsichtige, im Abgeordnetenhaus einen Gesekentwurf einzubringen, der die Enteignung des polnischen Grundbesitzes besetzt. In der vorigen Woche

haben Fraktionsitzungen der Konservativen und Nationalliberalen stattgefunden, die sich mit dem Plane der Regierung beschäftigten. Die beiden Parteien sollen für die Absichten der Regierung gewonnen sein. Bis jetzt ist die Vorlage allerdings noch nicht eingegangen, doch steht fest, daß noch im Laufe dieser Session ein Enteignungsgesetz vorgelegt werden wird.

Westfalen und Rheinland.

Ramen, 28. Febr. Ueber den Arbeitsmarkt im Januar 1907 schreibt das amtliche „Reichsarbeitsbl.“: Die allgemeine Konjunktur auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt hat sich im Monat Januar wenig verändert, die Gesamtlage ist ebenso günstig geblieben wie im Vormonat. Der Monat Januar pflegte auf dem Arbeitsmarkt stets ein verhältnismäßig stiller Monat zu sein, es war das auch diesmal der Fall, insbesondere wurde in diesem Jahr die Arbeitsgelegenheit im Monat Januar sehr stark durch die Witterungsverhältnisse beeinträchtigt. Strenger Frost und Schneefall in allen Teilen des Deutschen Reiches legten vorübergehend einerseits das Baugewerbe und die Erarbeiten im Freien still, auf der andern Seite boten diese Witterungsverhältnisse zahlreichen ungelerten Arbeitskräften vorübergehende Arbeitsgelegenheit. Die Beschäftigung in den großen Industrien war nach wie vor im allgemeinen stark gespannt; der Kohlenbergbau hatte voll auf zu tun, ebenso lauten die Berichte aus der Eisen- und Stahlindustrie und der Maschinenindustrie durchweg günstig. Eine Abschwächung der Konjunktur wird nur aus einzelnen Teilen der elektrischen Industrie (Elektro, Telegraph, Telephon) gemeldet, wogegen die Arbeitsverhältnisse in der chemischen Industrie und in der Textilindustrie gleich günstig blieben wie in den letzten Monaten. Im übrigen machten sich im Laufe des Monats die bekannten Saisoninflüsse geltend, die alljährlich im Januar in der Erscheinung zu treten pflegen. Die Beschäftigungsziffer bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ging im Januar um 5732 zurück. Es ist das zwar nicht mehr als im Vorjahr, in dem die bevorstehende Einführung des neuen Sozialtarifs in den ersten Monaten des Jahres zur vollen Ausnutzung aller Kräfte führte: der Rückgang ist sonst aber geringer als in früheren Jahren. Die Mitteilungen der Arbeitsnachweise lassen erkennen, daß die Lage des Arbeitsmarktes, soweit sie an diesen Stellen zum Ausdruck kommt, sich nicht ungünstig gestaltet, wenn man von gewissen Störungen durch Gestaltung der Witterungsverhältnisse absieht.

Dortmund, 26. Febr. (Verschiedenes.) Von der Straßenbahn überfahren wurde gestern gegen Abend in der Nähe der Dörfelder Brücke ein Kind im Alter von etwa 6 Jahren. Die Verletzungen waren derart, daß die Kleine sofort starb. Ob dem Wagenführer irgend welche Schuld an dem Unglück beizumessen ist, ist noch nicht festgestellt.

Der aus Hörde gebürtige Bäcker Johann Kremer wurde an der Adler-Apotheke am Markt in Dortmund betäubungslos aufgefunden. Er wurde mit dem Krankenwagen ins Luitpoldhospital geschafft.

Bochum, 26. Febr. (Der neue Hibernia-Prozess.) Gestern fand hier der Termin statt in der Anfechtungsfrage des preussischen Fiskus gegen die Beschlüsse der Generalversammlung der Bergwerks-Gesellschaft Hibernia vom 4. Dezember 1906. Gegen den Protest des Fiskus waren damals 10 Mill. Mk. 4 1/2 Proz. Vorzugsaktien der Hibernia zum Nennbetrage den der Gesellschaft nachstehenden Banken durch Majoritätsbeschluß überlassen worden. Die Hauptursache der Kapitalvermehrung war in erster Linie darin zu suchen, daß die der Hibernia zur Seite stehenden Banken ihren Einfluß auf die Gesellschaft zu stärken versuchten. Der Fiskus erklärte sich in der Versammlung vom 4. Dezember 1906 bereit, die zur Ausgabe gelangenden Vorzugsaktien zum Preise von 120 Proz. zu übernehmen, und zum gleichen Preise den übrigen Aktionären der Hibernia ein ihrem Aktienbesitz entsprechendes Bezugsrecht einzuräumen. Das fiskalische Angebot wurde indes abgelehnt. Der Fiskus ließ sodann in der Versammlung zu Protokoll gegebenen Proteste die Klage folgen. Er will festgestellt sehen, inwiefern die Majorität einer Aktien-Gesellschaft befugt ist, die Rechte einer Minorität dauernd zu vermindern, wie dies hier im vorliegenden Fall geschah. Das Gericht wies die Klage kostenpflichtig ab.

Wattencheid, 26. Febr. (Ueberfahren.) In der Gemeinde Gänigfeld wurde morgens auf dem Geleise der Strecke Bochum-Wattencheid-rhein. die Leiche eines überfahrenen und gänzlich zermalmten Mannes aufgefunden. Der Kopf der Leiche wurde im Ghaufgraben gefunden. Die Persönlichkeit des Verunglückten konnte noch nicht festgestellt werden.

Gelsenkirchen, 26. Febr. (Seinen besten Freund erschlagen.) Wir meldeten bereits, daß die Leiche des kürzlich plötzlich verstorbenen Anstreichermeisters Heinrich Rabeno aus Rothhausen polizeilich beschlagnahmt wurde, weil die Vermutung vorlag, daß N. infolge der bei einem Streit erhaltenen Verletzungen gestorben ist. Diese Vermutung hat sich bestätigt. Wie festgestellt wurde, ist N. an den Folgen eines Schlags gestorben, den ihm der Schreiner A. aus Kray mit einem Gummischläuch, der eine Eisenschraube enthielt, auf den Kopf versetzte. A. hatte in einer hiesigen Wirtschaft Streit bekommen und lauerte später seinem Gegner draußen auf. Dabei verwechselte er mit diesem seinen besten Freund, mit dem er manche gemeinschaftliche Arbeiten ausgeführt hat. Erst als es zu spät war, erkannte er, was er angerichtet hatte. Da N. noch vor seinem Tode vernommen werden konnte, hatte die Polizei wohl genügend Grund, A. zu verhaften.

Gelsenkirchen, 27. Febr. (Hohe Burschen.) In der Sonntag Nacht wurde in die Leichenhalle im benachbarten Rothhausen eingebracht. Da den Dieben Wertschaden nicht in die Hände fielen, zertrümmerten sie Krüge und Bänke. Die Haupttäter, fünf junge Burschen aus Rothhausen, wurden festgenommen.

Gelsenkirchen, 26. Febr. Auf Beche Alma geriet ein Maschinist in das Getriebe des Brechwerkes und wurde zerschmettert.

Buer i. Westf., 26. Febr. Ein Selbstmord ereignete hier großes Aufsehen. Der fünfzigjährige Armenhäuser Bed hat sich Freitag morgen im hiesigen Armenhause die Pulsadern durchgeschnitten. Die Motive der Tat sind unbekannt, doch herrscht hier allgemein das Gerücht, daß er sich aus dem Grunde das Leben nahm, weil er sich an einem fünfzehnjährigen Mädchen vergangen haben soll. Ein Polizeiergeant fand ihn noch lebend vor, jedoch gab er kurze Zeit darauf den Geist auf.

Hagen, 27. Febr. (Im Wahn.) Ein hiesiger 40jähriger Schloffer wurde während er in einem Privathause Reparaturarbeiten verrichtete, plötzlich von Verfolgungswahn befallen. In diesem Zustand ergriß er ein Rasiermesser und schnitt sich die Kehle durch. Der Mann war, als man ihn auffand, bereits tot.

Hagen, 27. Febr. Wegen Majestätsbeleidigung hat die Strafkammer den Schloffer Ripper aus Menden zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte klagte sich auf den jüngsten Erlaß des Kaisers und suchte nachzuweisen, daß die Verolzung von Majestätsbeleidigungen gar nicht im Sinne des Kaisers sei. Da er sich in seinen Ausführungen jedoch wenig Zwang auferlegte, mußte er zu einer sofort zu vollstreckenden dreitägigen Haftstrafe verurteilt werden.

Essen, 27. Febr. Der frühere Direktor der Fabrik Rhénania-Essen, „Ingenieur“ Karl Vogel, gegenwärtig im Zuchthause zu Diez, stand vor dem Wiesbadener Schwurgericht unter der Anklage des betrügerischen Bankrotts und des Warenfabrik gelaufen, diese nach Weidenstadt verlegt, dort ein großes Fabrikgebäude und eine Villa errichtet und die Mittel dazu durch Aufnahme von Hypotheken beschafft. Er fand dann einen Teilhaber, der nach einem Verluste von 15 000 Mark wieder austrat. Dann besaßte sich Vogel mit der Herstellung echter Schmuckwaren, in verschiedenen Pseudonymen verlegt wurden. Die Anklage wirft ihm vor, daß er zum Zwecke der Entziehung seiner Vermögensgüter eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet habe, welche Gebäude, auf das die Kohlen- und Eisener Grubungen aufbauen waren, wurde nun entthüllt. Das Urteil lautete auf eine Zuchthausstrafe von 8 Monaten Zuchthaus. Mildernde Umstände wurden den Angeklagten zugestanden, weil man ihm glaubte, daß er nicht ehrloser Gesinnung, sondern durch die Macht der Verhältnisse auf den schiefen Weg geraten sei.

Darmen, 26. Febr. (Antiker verunglückt.) Freitag nachmittag scheuten in der Dampferstraße die Pferde eines Fuhrwerks der Firma Otto Almenrath und gingen durch. Der Antiker wurde vom Bod geschleudert und slog gegen einen Leitungsmaßen der Talbahn. Er blieb infolge Schädelbruchs sofort tot. Der Verunglückte ist 31 Jahre und verheiratet.

Duisburg, 26. Febr. Die erste Strafkammer verhandelte gegen zwei verwegene gewerbsmäßige Diebe, die sich nach verbüßter Strafszeit zusammen getan hatten, um sich vom Diebeshandwerk zu ernähren. Es waren die Arbeiter H. J. Korten aus Essen und Joh. Jos. Ott aus Oberhausen. Sie wurden im Walde bei Dinslaken von einem Gendarm aufgegriffen, als sie die gestohlene Kleidung mit ihrer alten gewechselt hatten. Diebstahlswerkzeug und Revolver führten sie bei sich. Den Angeklagten wurde eine Reihe einfacher und schwerer Diebstähle zur Last gelegt. Ott wurde zu 4 Jahren und Korten zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Frankfurt (Main), 25. Febr. Der von hier geflüchtete Architekt Schweizer ist jetzt in Gens verhaftet worden. Er ist des betrügerischen Bankrotts in Höhe von 250 000 bis 300 000 M. beschuldigt. Schweizer ist 29 Jahre alt. Er bezeichnet seine Brüder als verantwortlich in der ganzen Angelegenheit und widersetzt sich der Auslieferung.

Bermischtes.

— Die Jubiläumsfeierlichkeiten des Norddeutschen Lloyd fanden am Sonnabend mit einer Festlichkeit für das Personal an Bord des Dampfers „Kaiser Wilhelm II.“ in Bremerhaven ihren Abschluß. An dieser Feier nahmen außer einigen Mitgliedern des Aufsichtsrats der gesamte Vorstand, die Prokuristen, Inspektoren, sowie Abordnungen der technischen Beamten, Offiziere, Zahlmeister, Maschinisten der in Bremerhaven befindlichen Dampfer und ferner die Meister und Vorleute des Werftstättenbetriebes teil.

Anlässlich des Lloydjubiläums haben die Agenturen des Lloyd in den Vereinigten Staaten der Seemannsklasse des Lloyd die Summe von 85 000 Mark überwiesen. Die europäischen, asiatischen und japanischen Agenturen haben aus gleichen Anlaß dem Norddeutschen Lloyd eine größere Summe für die künftliche Aus schmückung der Innenräume des neuen Geschäftsgebäudes gestiftet. — Wie Boesmanns Telegraphisches Bureau erfährt, hat der Norddeutsche Lloyd an seinem Jubiläumstage dem Stettiner Vulkan den Auftrag zum Bau eines Passagier- und Frachtdampfers von 25 000 Tonnen erteilt, der im Juni 1909 in Dienst gestellt werden soll.

— Die holländische Regierung hat die Hebung des gesunkenen Wracks des Dampfers „Berlin“ durch Taucher angeordnet. Man glaubt, daß sich ein großer Teil der Leichen noch in den Kabinen befindet und durch die Hebung zutage gefördert werden wird. Auf die Herbeischaffung der versunkenen Wertpapiere von 1 200 000 Gulden ist eine Taucherbelohnung von 100 000 Gulden ausgesetzt worden. Die englische Diamantfirma hat für die Wiedergewinnung der in das Meer versunkenen Diamanten im Werte von 800 000 Pf. St. (gleich 16 Millionen Mark) ein Honorar von 50 000 Pf. Sterling (gleich 1 Million Mark) bereitgestellt.

— An der gefährlichen jütischen Westküste trieb am Freitag ein gewaltiger Sturm die 2000 Tons große norwegische Bark „Timaru“ gegen die Sandbänke bei Hrubore. Turmhohe Wogen und der heulende Orkan machten alle Rettungsversuche unmöglich. Die 18 Mann der Besatzung waren auf dem Hinterbeck versammelt, wo sie einen vergeblichen, verzweifelten Kampf ums Leben führten. Einer nach dem anderen wurde ins Meer gerissen, und nach einer Stunde sank der letzte in die Tiefe.

— Doppelselbstmord im Walde. In der Forst bei Buch wurden am Sonnabend abend zwei Personen, ein junges Mädchen und ein Mann, leblos aufgefunden. Es handelt sich um das 17jährige Geschäftsfraulein Elise Wicht und den 40jährigen Kaufmann Tamassche, die in Berlin wohnten und seit Jahren in einem Fabrikationsgeschäft angestellt waren. Sie hatten Ljöl geftrunken. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren dem Manne ohne Erfolg. Das Mädchen erlangte jedoch nach längeren Bemühungen das Bewußtsein wieder und wurde in bedenklichem Zustande nach der Frauenanstalt in Buch geschafft. Welche Umstände beide zu der Tat veranlaßt haben, ist noch nicht ermittelt.

— Wegen Herausforderung zum Zweikampf mit tödlichen Waffen wurde, nach dem „Leipz. Tagebl.“, am Donnerstag der Rechtsanwalt Dr. Pezold vom Landgericht in Plauen zu einer Woche Festungshaft verurteilt. Es handelte sich hierbei um einen Vorgang aus der Zeit der Vorbereitungen für die Reichstagswahl. Pezold war mit dem Redakteur Dr. Günther von der „Neuen Vogtl. Ztg.“ in einer Versammlung des Nationalliberalen Vereins über die Kandidatenfrage in Meinungsverschiedenheiten geraten. Es hatte sodann eine etwas erregte Auseinandersetzung gegeben und die Folge davon war eine Forderung auf Pistolen. Dr. Günther lehnte die Forderung ab. Die Angelegenheit wurde jedoch in der Presse besprochen und so kam sie zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft. Die Folge davon war die Anklage gegen Pezold.